



Monatsbericht des BMF

Juni 2015

Monatsbericht des BMF

Juni 2015

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung	
	nichts vorhanden	
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts	
	Zahlenwert unbekannt	
Х	Wert nicht sinnvoll	

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion	6
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	13
Neue Regeln für eine bessere Einlagensicherung	23
Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	
vom 27. bis 29. Mai in Dresden	29
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	34
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	34
Steuereinnahmen im Mai 2015	41
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015	45
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015	49
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	51
Termine, Publikationen	56
Statistiken und Dokumentationen	58
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Ge samt wirtschaftliches Produktions potenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Finanzminister und Notenbankgouverneure der sieben wichtigsten Industrienationen (G7) haben sich vom 27. bis 29. Mai 2015 auf Einladung von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann in Dresden getroffen. Erstmals wurde das Treffen durch ein Symposium mit renommierten Wirtschaftswissenschaftlern eröffnet, das alle Beteiligten als Bereicherung, nicht zuletzt für die nachfolgenden Diskussionen zu dynamischem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum, empfunden haben.

Schwerpunktthemen des G7-Treffens waren: Wachstum für heutige und zukünftige Generationen durch innovative, investierende und reformfähige Volkswirtschaften, eine vertiefte internationale Kooperation für mehr Steuergerechtigkeit weltweit und gut funktionierende, stabile Finanzmärkte als Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum.

Es bestand ein weites Einvernehmen darüber, dass nachhaltiges Wachstum solide öffentliche Finanzen und niedrigere Schuldenquoten erfordert. Ebenso zentral ist es, Strukturreformen für eine Stärkung der Wirtschaftskraft zügig umzusetzen, damit diese ihre wachstumsfördernde Wirkung baldmöglichst entfalten können.

Die G7 will zudem ihre Anstrengungen gegen Steuervermeidungsstrategien international tätiger Konzerne verstärken. Sie will den



automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen konsequent vorantreiben und die Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen vertiefen. Weiterhin bekräftigt die G7 ihre Unterstützung für die Reformagenda der G20 zur Finanzmarktregulierung. Alle darin zugesagten Reformen wollen die G7-Staaten vollständig, zeitnah und konsistent umsetzen.

Das Treffen in Dresden machte deutlich, dass die G7 bei Kernfragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik an einem Strang zieht. Das erklärte Ziel lautet: ein dynamisches und zugleich nachhaltiges Wachstum bei soliden öffentlichen Finanzen und stabilen Finanzmärkten.



Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal 2015 gestartet. Die Gesamtheit der Indikatoren spricht für eine Fortsetzung des Aufschwungs.
- Der Arbeitsmarkt konnte weitere Verbesserungen verbuchen. In saisonbereinigter Rechnung setzten sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl und der Beschäftigungsaufbau fort.
- Seit Februar ist eine moderate Aufwärtsbewegung der jährlichen Inflationsrate zu beobachten. Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau um 0,7 % an. Die Energiepreisentwicklung wirkt weiterhin dämpfend, aber nicht mehr in dem Maße wie in den Monaten zuvor.

Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2015 im Vorjahresvergleich um insgesamt 13,3 % gestiegen. Diese außerordentlich hohe Änderungsrate zum Vorjahr ergibt sich, weil die Vorjahresbasis aufgrund einer Auszahlung von Kernbrennstoffsteuer in Höhe von rund 2,2 Mrd. € stark geschwächt war. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Zuwachs von 8,5 %. Insbesondere trugen die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz zum kräftigen Aufkommenswachstum bei.
- Die Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich weiter positiv. Bis einschließlich Mai 2015 sanken die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4 %. Hauptausschlaggebend ist weiterhin die günstige Entwicklung der Zinsausgaben. Zudem verzerrt die im Mai 2014 letztmalig abgeflossene Rate der deutschen Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) den unterjährigen Vergleich. Die Einnahmen bis einschließlich Mai übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 9,6 %. Dieser hohe Anstieg ergibt sich ebenfalls aus der durch eine Auszahlung von Kernbrennstoffsteuer geschwächten Vorjahresbasis.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 0,49 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf - 0,012 %.

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

Sind Nettoinvestitionen der geeignete Maßstab zur Beurteilung der Investitionstätigkeit in Deutschland?

- Bruttoinvestitionen und Bruttoanlagevermögen sind die geeigneten Maßgrößen zur Analyse des durch den Kapitalstock determinierten gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials einer Volkswirtschaft. Nettoinvestitionen und Nettoanlagevermögen sind hierfür nicht geeignet.
- Nettoinvestitionen sind noch stärker als die entsprechende Bruttogröße durch zyklische Einflüsse geprägt. Bei einer konjunkturell bedingten Investitionsschwäche werden die Nettoinvestitionen zusätzlich durch hohe Abschreibungsniveaus belastet, die aus einem vorangegangenen Investitionsaufschwung resultieren.
- Abschreibungen stellen in der amtlichen Statistik die Minderung im Wert des Anlagevermögens dar, nicht aber den physischen Kapitalverzehr beziehungsweise die altersbedingten Produktivitäts- und Effizienzverluste von Kapitalgütern.
- Von alterungsbedingten Effizienzeinbußen im Verlaufe der Lebensdauer eines Anlageguts ist nicht zwingend auszugehen. Bei regelmäßiger Wartung und Instandhaltung kann auch ein bereits wertmäßig abgeschriebenes Anlageobjekt zum gesamtwirtschaftlichen Output beitragen.

1	Einleitung	6
2	Aussagegehalt von Abschreibungen	
3	Investitionsentwicklung durch starke Konjunkturreagibilität geprägt	
4	Abschreibungsergebnisse stark modell- und prämissenabhängig	
5	Abschreibungen auch durch Preisentwicklung determiniert	11
6	Fazit	11

1 Einleitung

Die mittel- und längerfristigen Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Volkswirtschaft
werden entscheidend durch die Ausstattung
der Ökonomie mit den Produktionsfaktoren
Arbeit und Kapital sowie durch den technischen
beziehungsweise technologischen Fortschritt
determiniert. Derzeit steht die Investitionstätigkeit in Deutschland ganz besonders im
Fokus einer nationalen und internationalen
Debatte. So wird die Frage diskutiert, ob
die Investitionen im hinreichenden Maße
expandieren, um das gesamtwirtschaftliche
Produktionspotenzial über eine Stärkung

der Kapitalausstattung der Ökonomie zu verbessern.

Deutschland wird von manchen Akteuren eine Investitionsschwäche testiert. Als Belege werden oft die in den vergangenen Jahren niedrigen Nettoinvestitionen angeführt oder es wird auf den Nettokapitalstock verwiesen. Allerdings werden bei diesen Argumentationen die konzeptionellen Eigenschaften der Nettobetrachtung bei der Interpretation der Daten nicht ausreichend gewürdigt.

In diesem Beitrag geht es daher um die Frage, welche Maßgrößen – Brutto- oder Nettokonzept – die besten Rückschlüsse darüber

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

erlauben, ob die Investitionstätigkeit stark genug ist, um das Potenzialwachstum zu stärken. Zentrale Bedeutung kommt dabei den Abschreibungen auf das Anlagevermögen zu, die beim Übergang von den Brutto- zu den Nettoangaben zu Investitionen und Kapitalstock benötigt werden.

2 Aussagegehalt von Abschreibungen

Zunächst bedarf es der Definition des Begriffs "Abschreibungen" in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Zu unterscheiden sind Abschreibungen von den sogenannten Abgängen in der Anlagevermögensrechnung. Sie erfassen die aus dem Produktionsprozess ausscheidenden Anlagegüter und werden bereits im Bruttokonzept berücksichtigt. So werden bei der Berechnung des Bruttovermögens ausgehend vom Jahresanfangsbestand – die Zugänge zum Anlagevermögen (also die Bruttoanlageinvestitionen) hinzugesetzt und die Abgänge vom Anlagevermögen abgesetzt. Es handelt sich bei den Abgängen um Anlagegüter, die physisch aus dem Kapitalstock ausgeschieden sind.

Dagegen handelt es sich bei Abschreibungen um eine Maßgröße, die "die Wertminderung des Anlagevermögens infolge von Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten misst".

Damit messen Abschreibungen, wie hoch die Bruttoanlageinvestitionen mindestens sein müssen, um den Wert des Anlagevermögens zu erhalten. Das Nettoanlagevermögen stellt somit den Gegenwartswert – zu Wiederbeschaffungspreisen – dar, d. h. die Höhe des Geldaufwands zur Wiederbeschaffung des Kapitalstocks.

Allerdings stellt das Nettoanlagevermögen insoweit keinen geeigneten Maßstab für die Produktionsmöglichkeiten einer Ökonomie seitens der Ausstattung mit Kapital dar. Dies wäre nur dann der Fall, wenn mit den Abschreibungen auch der physische Kapitalverzehr gemessen werden würde. In rein konzeptioneller Betrachtung sollten die Abschreibungen auch die altersbedingten Produktivitäts- und Effizienzverluste von Kapitalgütern im zeitlichen Verlauf ihrer Nutzungsdauern erfassen. Wäre dies konzeptionell und empirisch beziehungsweise statistisch sinnvoll möglich, so könnte der Nettokapitalstock in der Tat den produktionsrelevanten Kapitalstock beziehungsweise durch Abschreibungen den Verlust an Produktionskapazität zutreffend messen.

Aber gleichzeitig würde in theoretischer Betrachtung zu Buche schlagen, dass sich die altersbedingten Effizienzverluste in den Marktpreisen der entsprechenden Kapitalgüter ausdrücken müssten, die im Regelfall nicht vorliegen. Dies wiederum hätte Implikationen für die Bewertung dieser Kapitalgüter zu Wiederbeschaffungspreisen. Es müssten altersabhängige Preisprofile der Anlagegüter ermittelt werden können, auf deren Basis die Abschreibungen zu berechnen wären. Ferner müssten die jeweils spezifischen Nutzungsdauern zutreffend quantifiziert werden.

Dies sind hohe Anforderungen an eine konzeptionell einwandfreie Abschreibungsmethodik, die jedoch in der Praxis auf Grenzen des statistisch Machbaren stößt. Neben der Diskrepanz zwischen dem theoretisch beziehungsweise konzeptionell Gebotenen und dem statistisch beziehungsweise empirisch Machbaren stellt sich zudem die Frage, ob es im zeitlichen Verlauf der Nutzung der Kapitalgüter überhaupt zu Effizienzverlusten käme. In dem Maße, wie die Produktionskapazitäten in den Unternehmen regelmäßiger Wartung und Pflege unterliegen, ist es plausibel, anzunehmen, dass es im

¹ Siehe Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 12/2002.

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

Verlaufe der Nutzung eines Anlageguts nicht zwingend zu einer Verringerung des Outputs kommen müsse.

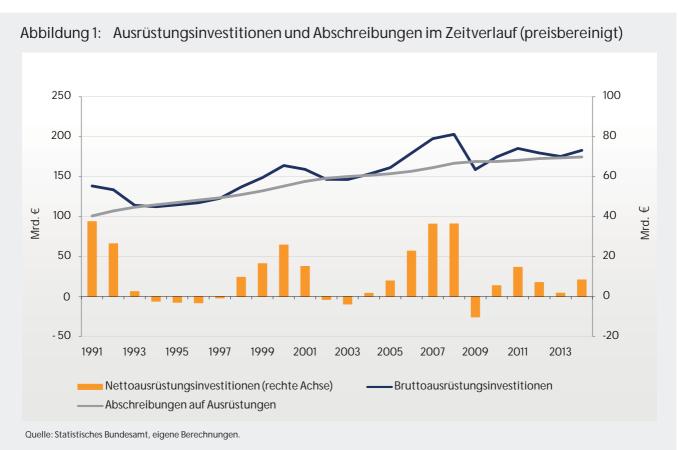
Folgt man dieser Plausibilitätsüberlegung, dann sind für die Analyse des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials das Bruttoanlagevermögen und damit auch die Bruttoinvestitionen die geeigneten Maßgrößen zur Analyse des produktionsrelevanten Kapitalstocks der Ökonomie. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass "im Produktionsprozess jeweils das ganze Anlagegut eingesetzt wird, egal wie alt es ist, und Jahr für Jahr in etwa den gleichen Produktionsoutput ermöglicht – regelmäßige Wartung und Reparatur vorausgesetzt"².

Vor diesem Hintergrund ist das Konzept der Nettoinvestitionen keine geeignete Maßgröße dafür, wie sich die produktionsrelevante physische Kapitalausstattung verändert.

3 Investitionsentwicklung durch starke Konjunkturreagibilität geprägt

Die Begrenzungen in der Aussagekraft der Nettokonzepte zu Investitionen und Kapitalstock liegen – neben den oben angeführten grundsätzlichen Überlegungen zur Messung von Effizienzverlusten – auch darin, dass die Investitionsentwicklung besonders deutlichen zyklischen Schwankungen unterworfen ist (vergleiche Abbildung 1). Dies zeigt sich insbesondere bei der Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Während sie im Aufschwung typischerweise deutlich expandieren, lässt ihre Dynamik in wirtschaftlichen Schwächephasen stark nach oder sie verringern sich sogar.

² Siehe Wirtschaft und Statistik 11/2006.



8

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

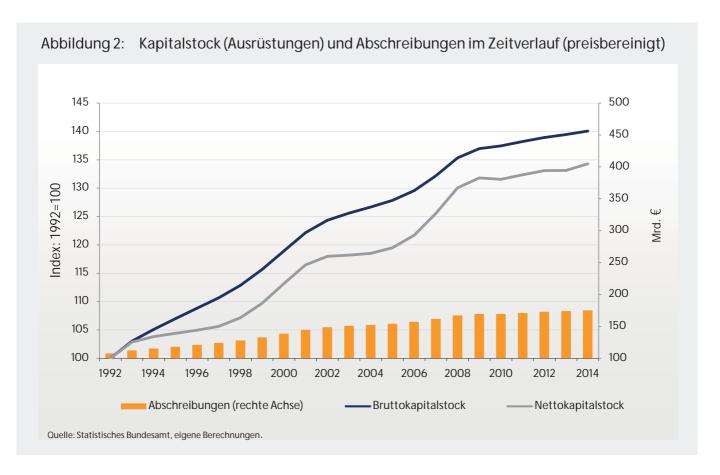


Abbildung 2 zeigt neben der starken zyklischen Volatilität, dass in kumulierter Betrachtung – auch in Nettobetrachtung – der Kapitalstock für Ausrüstungen seit Beginn der 1990er Jahre deutlich ausgeweitet wurde. So lag das Nettoausrüstungsvermögen im Jahr 2014 in kumulierter Betrachtung preisbereinigt um 34,3 % über dem jahresdurchschnittlichen Niveau des Jahres 1992, was einem durchschnittlichen Anstieg von rund 1,3 % p. a. entspricht. In Bruttobetrachtung nahm das jahresdurchschnittliche Anlagevermögen bei Ausrüstungen im gleichen Zeitraum um 40,1 % beziehungsweise 1,5 % p. a. zu. Seit Beginn dieser Dekade ist die Zunahme des Nettoausrüstungsvermögens durch zwei Jahre schwachen Wachstums (2012/2013) geprägt, die mit einer sehr verhaltenen Investitionstätigkeit einhergingen. Deswegen betrug in den Jahren 2010 bis 2014 die durchschnittliche Zunahme des Nettokapitalstocks bei Ausrüstungen nur 0,4 % p. a. (kumuliert knapp 1,9 %).

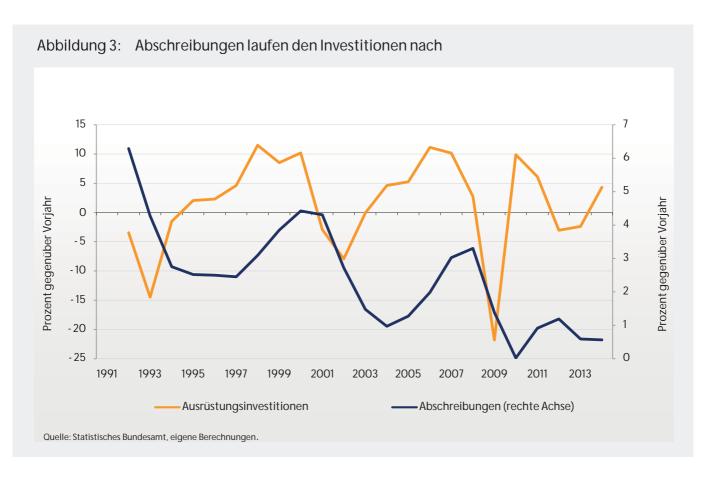
Die starke Zyklizität der Investitionsentwicklung sowie das gesamte konjunkturelle Umfeld sind bei der Interpretation der Entwicklung von Nettoinvestitionen also stets zu berücksichtigen.

4 Abschreibungsergebnisse stark modell- und prämissenabhängig

Die beschriebenen zyklischen Effekte werden im Nettokonzept durch die gleichfalls zyklische Bewegung der Abschreibungen verstärkt, die aus der unterstellten Abschreibungsverteilung nach Investitionsjahrgängen resultiert.

So legt das Statistische Bundesamt für jeden Investitionsjahrgang nach Investitionsgütern differenziert durchschnittliche Nutzungsdauern zugrunde, auf deren Basis nach den Regeln des Europäischen Systems Volks-

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion



wirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) linear abgeschrieben wird. Das bedeutet, dass z. B. ein Investitionsgut mit einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von acht Jahren nach zwei Jahren bereits zu rund 25 % abgeschrieben ist, nach fünf Jahren zu rund 60 % und nach zehn Jahren zu etwa 85 %.

Aufgrund der relativ hohen Abschreibungsraten in den ersten Jahren folgen daher Jahre mit konjunkturell bedingten hohen Investitionen und mit hohen Abschreibungen (vergleiche Abbildung 3). Fallen diese in eine Phase mit konjunkturell bedingt niedrigeren Investitionen, so ergeben sich rechnerisch schwache beziehungsweise sogar negative Nettoinvestitionen. Diese zyklischen Effekte dürften die schwachen beziehungsweise

negativen Nettoinvestitionsquoten sowohl in der Mitte der 1990er Jahre, für die Jahre nach 2000 als auch aktuell teilweise erklären.

Neben diesen zyklischen Effekten schlägt zusätzlich zu Buche, dass sich in der Tendenz die Lebensdauer von Gütern des Anlagevermögens verringert. Die durchschnittliche Gesamtnutzungsdauer neuer Ausrüstungen ist in der Vergangenheit kontinuierlich zurückgegangen und lag 2005 bei etwa 11,5 Jahren. Damit werden Investitionsgüter mit höheren Raten abgeschrieben, d. h. das jährliche Abschreibungsvolumen steigt an. Dies dürfte u. a. auf die Nutzung von Computer- und IT-Technologie sowie damit einhergehenden schnelleren technologischen Erneuerungen zurückzuführen sein.

Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

5 Abschreibungen auch durch Preisentwicklung determiniert

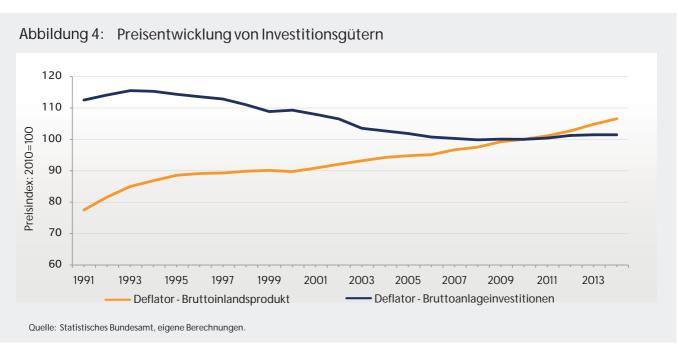
Ein weiterer Einflussfaktor für die Abschreibungen in nominaler Rechnung ist die Preisentwicklung. Die Veränderung des Preisniveaus für Investitionsgüter über den Zeitablauf beeinflusst zusammen mit der Abschreibungsstruktur die Nettoinvestitionen, was die Interpretation von Investitionsquoten, die in nominaler Rechnung gebildet werden, erschwert.

So waren die Preise für Bruttoausrüstungsinvestitionen Anfang der 1990er Jahre gestiegen. Ab 1993 setzte eine bis etwa 2006 dauernde Periode mit rückläufigem Preisniveau für Ausrüstungsgüter ein, die zum einen auf den Preisverfall für Computer- und IT-Technologie aber auch auf die Restrukturierung der deutschen Wirtschaft nach dem Wiedervereinigungsboom zurückzuführen sein dürfte.

Die rückläufigen Preise von Investitionsgütern implizieren nun, dass Ersatzinvestitionen zu geringeren Kosten getätigt werden können, als dies noch für die zu ersetzenden Anlagen möglich war. Im Jahr der Ersatzinvestition basieren die Abschreibungswerte für bestehende Anlagen aber noch auf den früheren höheren Anschaffungswerten. Damit werden die Nettoinvestitionen rein rechnerisch negativ, obwohl keine wertmäßige "Desinvestition" erfolgt und das Produktionspotenzial des Kapitalstocks konstant bleibt oder sogar steigt.

6 Fazit

- Nettoinvestitionen und Nettoanlagevermögen sind kein geeigneter Maßstab für die Beurteilung der Produktionsmöglichkeiten einer Ökonomie seitens der Faktorausstattung mit Kapital.
- Denn die hierbei implizit verwendeten VGR-Abschreibungen stellen nur die Minderung im Wert des Anlagevermögens dar, nicht aber den physischen Kapitalverzehr beziehungsweise die altersbedingten Produktivitäts- und Effizienzverluste von Kapitalgütern.



Die Aussagekraft von Nettoinvestitionen in der wirtschaftspolitischen Diskussion

- Zudem ist nicht zwingend von alterungsbedingten Effizienzeinbußen im Verlaufe der Lebensdauer eines Anlageguts auszugehen. Bei regelmäßiger Wartung und Instandhaltung kann auch ein bereits wertmäßig vollständig abgeschriebenes Anlageobjekt zum gesamtwirtschaftlichen Output beitragen.
- Auch die Entwicklungsprofile von Preisen und Lebensdauern der Investitionsgüter haben einen erheblichen Einfluss auf die statistische Berechnung der VGR-Abschreibungen. Rein rechnerisch können sich in bestimmten Konstellationen negative Nettoinvestitionen ergeben, obwohl tatsächlich keine Desinvestition erfolgt.
- Sowohl die Investitionstätigkeit als auch die Berechnungsergebnisse für Abschrei-

- bungen sind durch zyklische Einflüsse geprägt. Diese und das gesamte konjunkturelle Umfeld müssen bei der Interpretation in den Blick genommen werden.
- Die Interpretation von Nettoinvestitionen als Maß nicht nur für den Werterhalt des Kapitalstocks, sondern auch für dessen physischen Erhalt ist daher in Frage zu stellen, zumal die empirische beziehungsweise statistische Erfassung des tatsächlichen physischen Kapitalverzehrs sehr schwierig ist.
- Insofern sind Bruttoinvestitionen und -anlagevermögen die geeigneten Maßgrößen zur Analyse der durch den Kapitalstock bestimmten gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Kurzfassung der aktualisierten Broschüre des BMF¹

- Die deutsche Abgabenquote d. h. die Belastung durch Steuern und Sozialabgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag mit 36,7 % auch im Jahr 2013 international im Mittelfeld.
- Die Einnahmenentwicklung in Deutschland ist stabil. Verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen und gezielte Entlastungen sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und stärken die Kaufkraft der Bürger.
- Bei der steuertariflichen Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften bleibt Deutschland weiterhin knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.
- Der deutsche Einkommensteuerspitzensatz von rund 47,5 % liegt international im oberen Mittelfeld.

1	Einleitung	13
2	Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen	13
3	Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften	15
3.1	Körperschaftsteuertarife	15
3.2	Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer	17
4	Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen	
5	Einkommen- und Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern	20
6	Umsatzsteuersätze	22
7	Fazit	22

1 Einleitung

Der folgende Beitrag stellt ausgewählte Vergleiche zur internationalen Besteuerung an. Diese erstrecken sich grundsätzlich auf die EU-Staaten und einige andere Industriestaaten². Sie geben den Rechtsstand zum Ende beschlossene Maßnahmen, die sich erst ab 2015 auswirken, sind nicht erfasst.

des Jahres 2014 wieder. Angekündigte oder

2 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Um die nationale Belastung durch in einer Volkswirtschaft gezahlte Steuern festzustellen, werden sogenannte Steuerquoten ermittelt. Die Aussagekraft dieser Steuerquoten ist aber begrenzt, weil die in den Vergleich einbezogenen Staaten ihre staatlichen Sozialversicherungssysteme in unterschiedlichem Ausmaß über eigenständige Beiträge, die nicht in der Steuerquote enthalten sind, oder aus

¹ Die ausführliche Broschüre "Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2014" kann im Internetangebot des BMF bestellt oder direkt als PDF-Dokument unter folgendem Link herunter geladen werden: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2015-06-11-wichtigsten-steuern-im-internationalenvergleich-2014.html.

² Die USA, Kanada, Japan, die Schweiz und Norwegen.

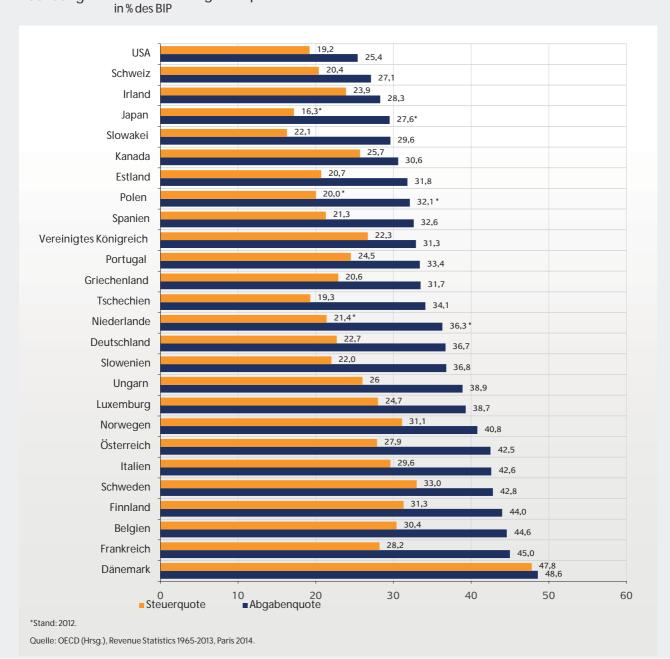
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

allgemeinen Haushaltsmitteln und damit über entsprechend hohe Steuern finanzieren. Erst die Abgabenquote, die Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung ins Verhältnis zum jeweiligen BIP setzt, macht die Belastung mit Steuern und Abgaben international vergleichbar.

Abbildung 1 zeigt, dass nach den Abgrenzungsmerkmalen der Organisation für wirt-

schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Abgabenquote insbesondere in den skandinavischen Staaten, aber auch in Frankreich, Belgien, Italien und Österreich, vergleichsweise hoch ist (> 40 %). Dagegen weisen die USA, die Schweiz, Irland, Japan und die Slowakei relativ niedrige Abgabenquoten auf (< 30 %). Die deutsche Abgabenquote bewegt sich im Mittelfeld und ist im Jahr 2013

Abbildung 1: Steuer- und Abgabenquoten 2013 in % des BIP



Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

im Vergleich zum Vorjahr (36,5 %) leicht auf 36,7 % angestiegen. Die niedrigste relative Abgabenbelastung haben weiterhin mit 25,4 % die USA, und die höchste Abgabenquote findet sich ebenfalls unverändert zum Vorjahr mit 48,6 % in Dänemark. Die deutsche Steuerquote hat sich gegenüber 2012 im Jahr 2013 moderat von 22,5 % auf 22,7 % erhöht. Hier rahmen die Slowakei sowie Japan am unteren und nach wie vor Dänemark am oberen Rand das Feld der Vergleichsstaaten ein.

3 Steuerliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften

Die nominale Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften lässt sich leicht anhand der Steuergesetze feststellen. Ihr kann eine bedeutende Signalfunktion bei der internationalen Verteilung von Buchgewinnen und -verlusten zugesprochen werden. Die tatsächliche oder auch effektive Steuerbelastung ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Steuerbemessungsgrundlage und Steuersatz. Im Folgenden werden die Steuersätze und Eckpunkte der Bemessungsgrundlagen verglichen.

3.1 Körperschaftsteuertarife

Um Doppelbelastungen ausgeschütteter Gesellschaftsgewinne durch die Körperschaftsteuer der Gesellschaft und die Einkommensteuer des Anteilseigners zu verhindern oder zumindest abzumildern, haben inzwischen fast alle Staaten Systeme zur Entlastung der Dividenden beim Anteilseigner eingeführt. Von den europäischen Staaten sehen Irland und die Schweiz keine Entlastung ausgeschütteter Gewinne auf der Ebene des Anteilseigners vor. Diese Staaten haben aber als Ausgleich nach wie vor vergleichsweise niedrige allgemeine Körperschaftsteuertarife. Drei EU-Staaten – Estland, die Slowakei und Zypern – besteuern die Gewinne nur

bei der Gesellschaft, sodass Dividenden beim Anteilseigner steuerfrei bleiben. Zum gleichen wirtschaftlichen Ergebnis kommt auch Malta, indem die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne dem Einkommensteuersatz auf Dividenden entspricht und voll auf die Einkommensteuer angerechnet wird.⁴

Im Vergleich zum Vorjahr blieben in den meisten der hier untersuchten Staaten die (nominalen) Körperschaftsteuersätze unverändert. Im Jahr 2014 setzten sechs Staaten ihre Körperschaftsteuertarife herab: Dänemark, Finnland, Norwegen, Portugal, die Slowakei und das Vereinigte Königreich. Abbildung 2 zeigt die im Jahr 2014 geltenden Körperschaftsteuersätze, allerdings ohne Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften. Seit der Absenkung des deutschen Körperschaftsteuersatzes im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 auf 15 % ist die Stellung Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich wettbewerbsfähiger.

Über die zentralstaatliche Ebene hinaus erheben in mehreren Staaten die Unterverbände, wie Einzelstaaten, Provinzen, Regionen, Gemeinden usw. noch eigene Körperschaftsteuern oder ihnen ähnliche Steuern, wie z. B. in Deutschland und Luxemburg die Gewerbesteuer. Hinzu kommen vielfach Zuschläge und Ähnliches des Zentralstaats beziehungsweise der Gebietskörperschaften. Die Höhe all dieser die Kapitalgesellschaften belastenden Unternehmensteuern, die bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage den Gewinn zugrunde legen, ist in Abbildung 3 dargestellt. Zu beachten ist, dass die von lokalen Gebietskörperschaften erhobenen Steuern von der Steuerbemessungsgrundlage der übergeordneten Gebietskörperschaften in manchen Staaten abzugsfähig sind, z.B. in der Schweiz und den USA. Die Gesamtsteuerbelastung auf Unternehmensebene ergibt sich demzufolge aus einer abgestuften

³ Klassische Systeme ohne Tarifermäßigung.

⁴ Sogenanntes Vollanrechnungsverfahren.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

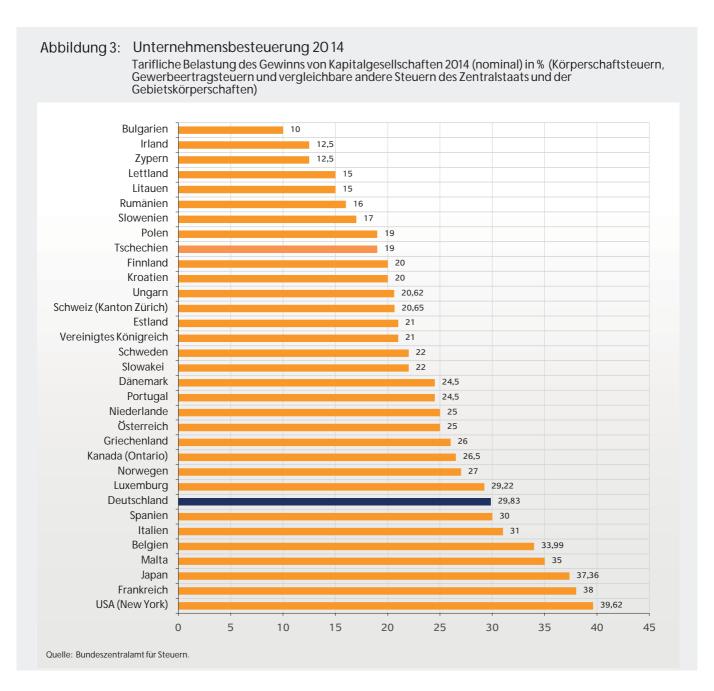
Berechnung und nicht als einfache Addition der nominalen Steuersätze der einzelnen Steuern. Bis 2008 minderte die Gewerbesteuer auch in Deutschland als Betriebsausgabe die Bemessungsgrundlage. Um die Transparenz der Besteuerung zu erhöhen⁵

⁵ additive Steuerbelastungsermittlung.

und die Finanzströme der unterschiedlichen öffentlichen Gebietskörperschaftsebenen zu entflechten, ist die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe abziehbar. Die steuertarifliche Gesamtbelastung von Kapitalgesellschaften reicht von 10 % in Bulgarien bis zu fast 40 % in den USA. Deutschland bleibt knapp unter der im internationalen Vergleich wichtigen Marke von 30 %.

Abbildung 2: Körperschaftsteuersätze 2014 - Standardsätze in % Ohne Zuschläge und Steuern der nachgeordneten Gebietskörperschaften Schweiz 8.5 Bulgarien 10 Irland 12.5 Zypern 12,5 Deutschland 15 Kanada 15 Lettland 15 Litauen 15 Rumänien 16 Slowenien 17 Polen 19 Tschechien 19 Ungarn 19 Kroatien 20 Finnland 20 Estland 21 Luxemburg 21 Vereinigtes Königreich 21 Schweden Slowakei 22 Portugal Dänemark Niederlande Österreich Griechenland Norwegen Italien Japan 28,05 Spanien 30 Belgien 33 Frankreich 33,3 Malta 35 USA 35 5 25 0 10 15 20 30 35 40 Quelle: Bundeszentralamt für Steuern

Die wichtigsten Steuern im international en Vergleich



3.2 Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die tatsächliche steuerliche Belastung von Unternehmen hat auch die in Tabelle 1 dargestellte periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer in Form des Verlustrücktrags beziehungsweise -vortrags. Hierbei weisen die einzelnen Staaten sehr unterschiedliche Regelungen auf. So sind die überperiodischen Verlustausgleichsregeln mehrheitlich restriktiver als in Deutschland ausgestaltet. Dies zeigt sich vor allem daran, dass viele Staaten keinen Verlustrücktrag kennen. In Deutschland, aber auch in Frankreich, Irland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Japan, Kanada und den USA, führt die Möglichkeit, Verluste zurückzutragen, zu einer Liquiditätszufuhr in wirtschaftlich weniger ertragreichen Zeiten.

Die wichtigsten Steuern im international en Vergleich

Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2014

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
EU-Staaten		
Belgien	-	unbegrenzt
Bulgarien		5 Jahre
Dänemark		unbegrenzt (bis zu 7,635 Mio. DKK pro Jahr voll abzugs- fähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 7,635 Mio. DKK übersteigenden Einkünfte)
Deutschland	1Jahr (begrenzt auf 1 Mio. €)	unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 60 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Estland	Keine Regelung erforderlich	keine Regelung erforderlich
Finnland	-	10 Jahre
Frankreich	1 Jahr (begrenzt auf 1 Mio. €, Verlustrücktrag führt zu Steuergutschrift, die in den darauf folgenden 5 Jahren mit künftigen Steuerschulden verrechnet und deren Restbetrag im 6. Jahr erstattet wird)	unbegrenzt (bis zu 1 Mio. € pro Jahr voll abzugsfähig, darüber hinaus Verrechnung nur bis zu 50 % der 1 Mio. € übersteigenden Einkünfte)
Griechenland		5 Jahre
Irland	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	keine Regelung erforderlich
Italien		unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 80 % der jährlicher Einkünfte)
Kroatien		5 Jahre
Lettland	-	unbegrenzt
Litauen		unbegrenzt (Verrechnung nur bis 70 % der jährlichen Einkünfte; Beschränkung gilt nicht für kleine Unternehmen, die dem ermäßigten Steuersatz von 5 % unterliegen)
Luxemburg		unbegrenzt
Malta	-	unbegrenzt
Niederlande	1 Jahr	9 Jahre
Österreich		unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 75 % der jährlichen Einkünfte)
Polen		5 Jahre (Verrechnung nur bis zu 50 % des entstandenen Verlustes pro Berücksichtigungsjahr)
Portugal		12 Jahre (Verrechnung nur bis zu 70 % der jährlichen Einkünfte)
Rumänien	-	7 Jahre
Schweden	- (indirekter Verlustrücktrag jedoch möglich durch Auflösung sogenannter Periodisierungsrücklagen aus den Vorjahren)	unbegrenzt
Slowakei		4 Jahre (Verrechnung pro Jahr nur bis zu 25 % des Gesamtverlustvortrags)
Slowenien		unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 50 % der jährlicher Einkünfte)
Spanien		18 Jahre (bis 2015: bei Unternehmen, deren Umsatz bestimmte Beträge überschreitet, Verrechnung nur bis zu 50 % beziehungsweise 25 % der jährlichen Einkünfte)
Tschechien	-	5 Jahre
Ungarn		unbegrenzt (Verrechnung nur bis zu 50 % der jährlicher Einkünfte)
Vereinigtes Königreich	1 Jahr (bei Betriebsaufgabe 3 Jahre)	unbegrenzt
Zypern		5 Jahre

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

noch Tabelle 1: Periodenübergreifende Verlustberücksichtigung bei der Körperschaftsteuer 2014

Staaten	Verlustrücktrag	Verlustvortrag
Andere Staaten		
Japan	1 Jahr	9 Jahre (Verrechnung nur bis zu 80 % der jährlichen Einkünfte, ausgenommen kleine und mittlere Unternehmen)
Kanada	3 Jahre	20 Jahre
Norwegen	- (Ein Rücktrag auf die vorangegangenen 2 Jahre ist bei Liquidation zulässig.)	unbegrenzt
Schweiz	-	7 Jahre
USA	2 Jahre	20 Jahre

Die Übersicht stellt Regelungen für Verluste dar, die ab dem 1. Januar 2014 anfallen. Beschränkungen durch Gesellschafterwechsel sowie Verluste aus der Veräußerung betrieblichen Anlagevermögens (Capital Losses), die in verschiedenen Staaten Sonderregeln unterliegen, wurden nicht betrachtet.

Ouelle: Bundeszentralamt für Steuern

Vorgetragene Verluste können in einigen Staaten zeitlich unbegrenzt mit Gewinnen verrechnet werden; in anderen Staaten hingegen ist eine Verlustverrechnung nur innerhalb einer bestimmten Zeitspanne möglich. Deutschland erlaubt einen zeitlich unbegrenzten Verlustvortrag. Gegebenenfalls wird der jährliche Abzug begrenzt, was zu einer Verluststreckung, der sogenannten Mindestgewinnbesteuerung, führt.

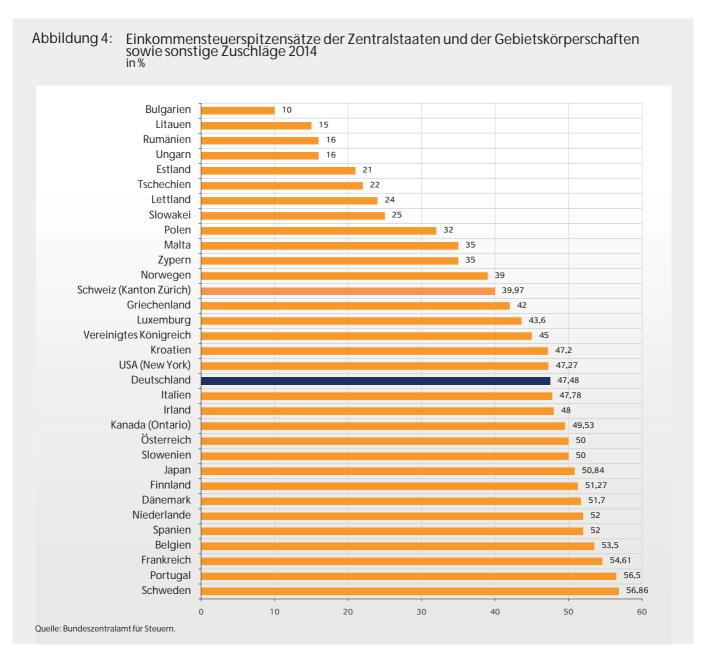
4 Nominale Ertragsteuerbelastung natürlicher Personen

Die Mehrzahl der hier untersuchten Staaten, die einen Grundfreibetrag beziehungsweise eine Nullzone im Tarif haben, passte diese im Jahr 2014 an. Die Eingangssteuersätze blieben in den meisten Fällen im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Bei der Interpretation dieser Daten muss beachtet werden, dass in mehreren Staaten mit vergleichsweise hohen Tarifeingangssätzen die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung abgedeckt werden, so z. B. in den nordischen Staaten

und den Niederlanden. Dies erschwert die Vergleichbarkeit. Auch die Ehegattenbesteuerung ist unterschiedlich geregelt. In einigen Staaten wird eine Einzelveranlagung vorgenommen, u. a. in Österreich oder in Deutschland auf Antrag, in anderen hingegen eine Zusammenveranlagung. Diese kann mit Splitting – etwa in Deutschland – oder ohne – z. B. in den USA – durchgeführt werden.

Die Einkommensteuerspitzensätze blieben im Jahr 2014 in den meisten untersuchten Staaten unverändert. Norwegen senkte den Einkommensteuersatz, der anteilig von den Gemeinden erhoben wird, um 1 Prozentpunkt ab. Moderate Anhebungen auf regionaler beziehungsweise lokaler Ebene sind in Italien, Finnland und Schweden zu verzeichnen. Abbildung 4 zeigt die höchstmöglichen Steuersätze im Rahmen der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen. Dabei sind die Einkommensteuern der zentralstaatlichen Ebene und der Gebietskörperschaften sowie sonstige Zuschläge berücksichtigt. Die Spitzensteuersätze bewegen sich zwischen 10 % in Bulgarien und 56,86 % in Schweden. Der deutsche Spitzensteuersatz ist mit 47,48 % im oberen Mittelfeld angesiedelt.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



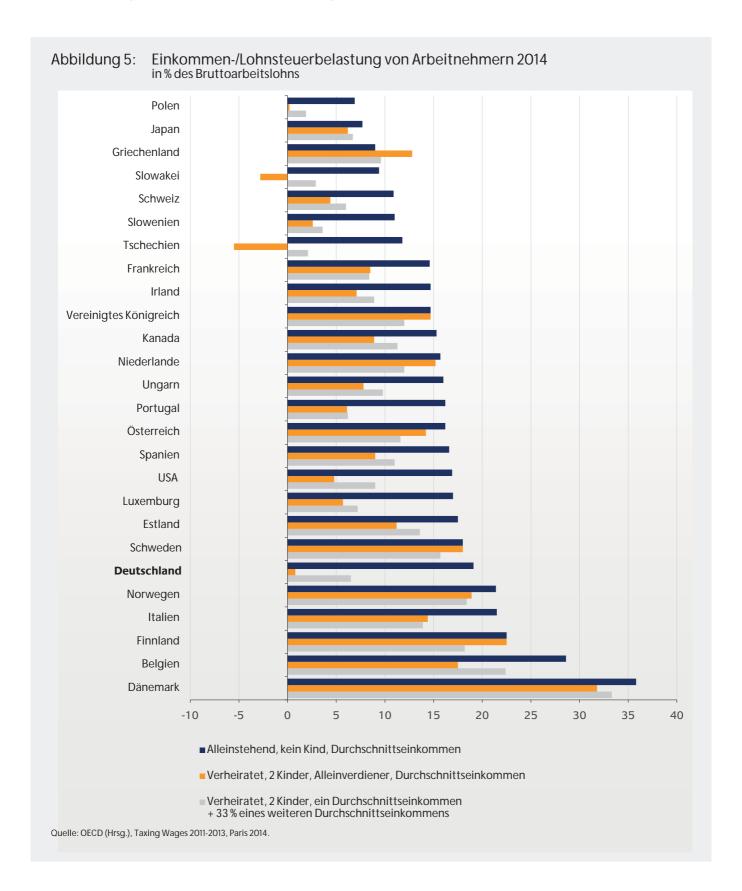
5 Einkommen- und Lohnsteuerbelastung von Arbeitnehmern

Für Arbeitnehmerhaushalte in verschiedenen Familienverhältnissen und Einkommensgruppen veröffentlicht die OECD regelmäßig eine international vergleichende Untersuchung. Abbildung 5 zeigt die Belastung des durchschnittlichen Bruttoarbeitslohns eines Arbeitnehmerhaushalts durch die

Lohn- oder Einkommensteuer, klassifiziert nach verschiedenen Familienverhältnissen⁶. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist stark eingeschränkt, da die OECD Transferzahlungen länderspezifisch unterschiedlich berücksichtigt. Zum Beispiel wird das Kindergeld in der Belastungsrechnung für Deutschland als Steuergutschrift behandelt,

⁶ Alleinstehend, Familie als Allein- und als Doppelverdiener.

Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich



Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

wenn die Berücksichtigung von Kindern in Form von Kindergeld erfolgt. Andernfalls werden die Kinderfreibeträge bei der Steuerberechnung abgezogen. Damit wird die Steuerbelastungsquote für Haushalte mit Kindern erheblich verringert. In anderen Staaten, wie z. B. Frankreich, wird das Kindergeld als separate Transferleistung außerhalb des Besteuerungssystems behandelt und mindert daher nicht die Steuerbelastungsquote.

6 Umsatzsteuersätze

In den meisten Staaten blieben die Umsatzsteuersätze im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Jahr 2014 wurden die Normalsätze lediglich in Frankreich von 19,6 % auf 20 % und in Zypern von 18 % auf 19 % angehoben. Außerhalb der EU erhöhte u. a. Japan den Umsatzsteuersatz von 5 % auf 8 %. Der in Deutschland erhobene Umsatzsteuernormalsatz von 19 % liegt im EU-Vergleich nach wie vor in der unteren Hälfte.

7 Fazit

Die Übersichten und Grafiken unterstreichen, dass Deutschland über ein international wettbewerbsfähiges Steuersystem verfügt. Der Steuer- und Abgabenbelastung stehen dabei vielfältige staatliche Leistungen und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem gegenüber. Auch Unternehmer berücksichtigen bei der Standortauswahl neben der nominalen Steuerbelastung insbesondere die "Leistungsseite" eines Standorts, wie etwa Infrastruktur, Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer, öffentliche Sicherheit und eine effiziente Verwaltung.

Die Einnahmenentwicklung in Deutschland ist stabil und trägt zur Fortführung einer soliden Haushaltspolitik bei. Dies sichert das Vertrauen in langfristig tragfähige Finanzen. Gleichzeitig haben sich Spielräume für höhere Investitionsausgaben und gezielte Entlastungen ergeben. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigt: Verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen und wachstumsorientierte Impulse sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und stärken die Kaufkraft der Bürger.

⁷ Sogenannte Günstigerprüfung.

Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

Neue Regeln für eine bessere Einlagensicherung

- Mit Umsetzung der neuen Einlagensicherungsrichtlinie werden die Einlagensicherungssysteme europaweit krisenfester. Bankkunden werden von einem besseren und einheitlichen Schutz für ihre Einlagen profitieren.
- Die bewährte Struktur der deutschen Einlagensicherung wird grundsätzlich beibehalten und in das neue System überführt. Diese Kontinuität soll das Vertrauen der Einleger in die deutsche Einlagensicherung weiter stärken.

1	Einleitung	23
2	Die Einlagensicherung im europäischen Kontext der Bankenunion	
3	Nationale Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie	
3.1	Umfassende Sicherungspflicht für alle Kreditinstitute	
	und Auswirkung auf den DSGV und BVR	24
3.2	Anforderungen an die finanzielle Ausstattung der Einlagensicherungssysteme	
3.3	Verbesserter Schutz für den Einleger	26
4	Die Rolle der Einlagensicherung im Rahmen der Bankenabwicklung	
5	Ausblick	

1 Einleitung

Zum 3. Juli 2015 wird das neue Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft treten. Damit wird die europäische Einlagensicherungsrichtlinie¹ in nationales Recht umgesetzt.

Europäische Regeln für eine Einlagensicherung sind nicht neu. Bereits im Jahr 1994 wurden die europäischen Mitgliedstaaten durch die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme² verpflichtet, für die Errichtung oder Anerkennung eines oder mehrerer Einlagensicherungssysteme zu sorgen. Erklärtes Ziel dieser Richtlinie war es, die Stabilität des Bankensystems und den Schutz der Sparer zu erhöhen. Mit den Systemen sollte garantiert werden, dass die Einlagen pro Kunde und pro Bank bis zu einer gewissen Höhe gesichert sind. Die Kosten hierfür seien wesentlich geringer als diejenigen, die bei einem massiven

Abheben von Einlagen nicht nur bei der sich in Schwierigkeiten befindlichen Bank, sondern auch bei an sich gesunden Instituten entstehen würden, wenn das Vertrauen der Einleger in die Stabilität des Bankensystems erschüttert wird.³

Im Zuge der Finanzkrise im Herbst 2008 wurde eine erste Änderung der Richtlinie vorgenommen. So wurde insbesondere die Mindestdeckung für Einlagen in Höhe von 20 000 € stufenweise erst auf 50 000 € und seit dem 31. Dezember 2010 auf 100 000 € angehoben.

Diese Finanzkrise und Bilder aus dem Vereinigten Königreich, als Menschen in Schlangen vor den Banken versuchten, ihr Erspartes zu sichern – Stichwort: Northern Rock –, führten noch einmal vor Augen, wie wichtig es ist, auch in einem Krisenfall das Vertrauen in ein Institut und in das Bankensystem als Ganzes zu erhalten. In einer solchen Situation kann ein

¹ Richtlinie 2014/49/EU.

² Richtlinie 94/19/EG.

³ Vgl. Erwägungsgründe der Richtlinie 94/19/EG.

Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

funktionierendes Einlagensicherungssystem Paniken und einen massiven Abzug von Spareinlagen verhindern. Voraussetzung dafür ist, dass das bestehende System glaubwürdig und verlässlich ist.

Vor diesem Hintergrund legte die Kommission im Juli 2010 einen Vorschlag für weitergehende und einheitliche Anforderungen an nationale Einlagensicherungssysteme vor. Die Verhandlungen für die neugefasste Einlagensicherungsrichtlinie wurden jedoch zunächst zurückgestellt. Zeitgleich mit den Abwicklungsregeln einigten sich Kommission, Rat und Europäisches Parlament Ende 2013 auf den vorliegenden Richtlinientext⁴.

2 Die Einlagensicherung im europäischen Kontext der Bankenunion

Als sich die Finanzkrise in den Jahren 2010 und 2011 in eine Schuldenkrise innerhalb des Euroraums fortentwickelte, wurde die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Euro-Staaten und damit die Notwendigkeit einer vertieften Integration des Bankensystems offenkundig. Im Jahr 2012 erklärten daher die EU-Staats- und Regierungschefs, den "Teufelskreis zwischen Banken und Staaten" aufbrechen und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Bankenunion ergänzen zu wollen.

In diesem Zusammenhang wurde diskutiert, ob nun auch ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem eingeführt werden müsse. Die Bundesregierung lehnt eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme in Europa jedoch strikt ab.

Vielmehr stellt die vertiefte Harmonisierung der europäischen Einlagensicherung,

die die notwendigen Mindeststandards gewährleistet, die richtige Lösung dar. Mit Umsetzung der neuen Richtlinie werden die Einlagensicherungssysteme europaweit krisenfester. Bankkunden werden von einem besseren und einheitlichen Schutz für ihre Einlagen profitieren.

3 Nationale Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie

In Deutschland wird die Richtlinie in einem neuen EinSiG umgesetzt. Das bislang geltende Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG) wird auf die Belange der Anlegerentschädigung – Sicherung von Kundenforderungen aus Wertpapiergeschäften gegenüber Wertpapierhandelsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften und Finanzdienstleistungsinstituten – beschränkt und zugleich in Anlegerentschädigungsgesetz umbenannt. Die neuen Regelungen zur Einlagensicherung werden im Folgenden näher erläutert.

3.1 Umfassende Sicherungspflicht für alle Kreditinstitute und Auswirkung auf den DSGV und BVR

Künftig müssen alle Banken einem Einlagensicherungssystem angehören. Bisher waren diejenigen Banken, die den institutsbezogenen Sicherungssystemen des deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) oder des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) angeschlossen sind, von der Zuordnung zu einer gesetzlichen Entschädigungseinrichtung befreit, da die gegenseitige Haftungszusage dieser Systeme bereits die Liquidität und Solvenz eines Mitgliedsinstituts und damit mittelbar den Einlegerschutz sicherzustellen hat. Diese Befreiungsmöglichkeit fällt mit der neugefassten Einlagensicherungsrichtlinie weg.

⁴ ABI. L 173 vom 12. Juni 2014, S. 49.

Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

Die Richtlinie eröffnet den Mitgliedstaaten allerdings die Möglichkeit, ein institutsbezogenes Sicherungssystem als Einlagensicherungssystem anzuerkennen, wenn es die Voraussetzungen von Artikel 113 Absatz 7 der Verordnun (EU) Nr. 575/2013 (CRR)⁵ und die weiteren Anforderungen der Einlagensicherungsrichtlinie erfüllt. Dazu muss u. a. dem Einleger ein Rechtsanspruch auf Entschädigung gewährt und das erforderliche Zielvermögen (s. a. Abschnitt 3.2) angespart werden. Das EinSiG schafft auf nationaler Ebene die entsprechenden Regelungen und eröffnet die Möglichkeit, die Sicherungssysteme des BVR und DSGV nach Anpassung an die obengenannten Anforderungen in die neue Struktur der gesetzlichen Einlagensicherung überzuleiten. Ihnen ist es weiterhin möglich, präventive Maßnahmen zum Schutz ihrer Mitgliedsinstitute durchzuführen. Die institutssichernde Funktion wird somit durch die Einlagensicherungsfunktion ergänzt.

Banken, die den anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystemen nicht angehören, werden wie bisher von Gesetzes wegen einer gesetzlichen Entschädigungseinrichtung zugeordnet. Die beiden im Jahr 1998 beliehenen Entschädigungseinrichtungen, die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB) und die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (EdÖ), bleiben in ihrer Form bestehen. Dies bewahrt auch nach Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie die mit dem EAEG gewachsene Landschaft der Sicherungssysteme und erkennt die unterschiedliche Ausgestaltung der Systeme als gesetzliches System und als auf satzungsrechtlicher Grundlage bestehendes institutsbezogenes Sicherungssystem an. Diese Kontinuität soll das Vertrauen der Einleger in die deutsche Einlagensicherung weiter stärken.

3.2 Anforderungen an die finanzielle Ausstattung der Einlagensicherungssysteme

Die Richtlinie sieht vor, dass künftig alle Einlagensicherungssysteme eines Mitgliedstaats bis zum Jahr 2024 ein Mindestvermögen in Höhe von 0,8 % der gedeckten Einlagen ihrer zugehörigen Kreditinstitute ansparen müssen. In vielen europäischen Staaten werden Einlagensicherungssysteme bisher ex-post finanziert. Das heißt, dass die Mitgliedsinstitute erst dann Beiträge entrichten mussten, wenn ein Entschädigungsfall eingetreten ist. Die deutschen Sicherungssysteme haben bereits seit 1999 ein vorabfinanziertes Beitragssystem. Ein Zielvolumen wurde bisher jedoch nicht vorgegeben.

Künftig bemessen sich die einzelnen Beiträge der Kreditinstitute nach der Höhe der gedeckten Einlagen und der Höhe des Risikos, dem das entsprechende Kreditinstitut ausgesetzt ist. Während die gesetzlichen Entschädigungseinrichtungen weiterhin durch Pflichtbeiträge der Kreditinstitute, d. h. durch eine sogenannte Sonderabgabe des Bundes, finanziert werden, erfolgt die Beitragserhebung durch anerkannte institutsbezogene Sicherungssysteme auf Grundlage ihrer jeweiligen Satzung.

Neben Barmitteln können die dem Einlagensicherungssystem zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch zu 30 % aus Zahlungsverpflichtungen bestehen. Zahlungsverpflichtungen sind zulässig, wenn diese vollständig besichert sind und aus risikoarmen Schuldtiteln bestehen. Die Zahlungsverpflichtungen müssen zudem unbelastet von Rechten Dritter sein und dem Einlagensicherungssystem jederzeit zur Verfügung stehen. Diese Anforderungen an Zahlungsverpflichtungen sollen gewährleisten, dass die Leistungsfähigkeit der Einlagensicherungssysteme durch deren Verwendung nicht beeinträchtigt wird.

⁵ Capital Requirements Regulation.

Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

Zur weiteren Konkretisierung der Finanzierungsmodalitäten erlässt die Europäische Bankenaufsichtsbehörde Leitlinien.

3.3 Verbesserter Schutz für den Einleger

Zum besseren Schutz der Einleger regelt die Richtlinie das Entschädigungsverfahren sehr viel detaillierter und einheitlicher als bisher. Alle Einleger – Privatpersonen wie Unternehmen – haben künftig gegen das Einlagensicherungssystem einen Rechtsanspruch darauf, für ihre gedeckten Einlagen entschädigt zu werden, wenn ein Kreditinstitut die Einlagen nicht mehr selbst zurückzahlen kann und auch keine Aussicht auf eine spätere Rückzahlung besteht. Geschützt sind - wie bislang auch – grundsätzlich 100 000 € pro Einleger und pro Kreditinstitut. Künftig wird der Schutz auf bis zu 500 000 € erhöht für Einlagen, die für die Lebensführung des Einlegers von besonderer Bedeutung sind.

Verkürzung der Auszahlungsfrist und antragslose Entschädigung

Mit dem EinSiG wird die aktuelle Auszahlungsfrist für die Entschädigung der Einleger von 20 Arbeitstagen auf sieben Arbeitstage verkürzt. Voraussetzung für die Durchführbarkeit einer solchen kurzfristigen Entschädigung ist der sogenannte Single Customer View. Das heißt, die Kreditinstitute müssen durch eine verbesserte elektronische Datenverarbeitung in die Lage versetzt werden, auf "Knopfdruck" den Umfang der von ihnen gehaltenen gedeckten Einlagen zu ermitteln. Da sich alle deutschen Sicherungssysteme technisch in der Lage sehen, die Sieben-Tage-Frist bereits ab dem 31. Mai 2016 einzuhalten, wurde auf eine gestaffelte Verkürzung der Auszahlungsfrist über einen Zeitraum von zehn Jahren verzichtet. Dem Einleger wird durch eine deutlich verkürzte Entschädigungsfrist bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt der Zugang zu seiner Entschädigungszahlung gewährt.

Abbildung 1: Schutzniveau der europäisch harmonisierten Einlagensicherung



Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

Die Entschädigung erfolgt künftig nicht mehr auf Antrag, sondern wird seitens des Einlagensicherungssystems ermittelt und gewährt.

Erhöhter Schutz bei besonders schutzbedürftigen Einlagen

Einlegern soll in Sondersituationen ein erhöhtes Maß an Absicherung zugutekommen. Künftig werden daher für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Einzahlung Gelder bis zu 500 000 € geschützt, soweit die Einzahlung mit bestimmten für den Einleger besonders bedeutenden Lebensereignissen zusammenhängt. Hierunter werden besonders schutzwürdige Ereignisse verstanden, die dazu führen, dass der Einleger kurzfristig einen hohen Geldbetrag bei einer Bank führt. Erfasst sind neben Geldern, die aus dem Verkauf einer Privatimmobilie resultieren, auch Beträge beziehungsweise Gutschriften, die aufgrund von gesetzlich vorgesehenen sozialen Zwecken ausgezahlt werden. Solche Beträge werden nach der allgemeinen Lebenserfahrung regelmäßig nicht in Tranchen auf verschiedene Konten bei unterschiedlichen Banken überwiesen. Hier kann eine besondere Schutzbedürftigkeit ausnahmsweise und auch unter Berücksichtigung des Gebots der Gleichbehandlung aller Einleger und der Beteiligung großer Einlagen an den Risiken einer Bankenschieflage (s. a. Abschnitt 4) anerkannt werden. Dem Einleger soll die Möglichkeit gegeben werden, innerhalb einer angemessenen Frist zu entscheiden, wie der Betrag zu diversifizieren und anzulegen ist. Die wichtigsten Sachverhalte sind in § 8 des EinSiG aufgeführt.

Umfassendere Information des Einlegers

Eine weitere verbraucherfreundliche Neuerung betrifft konkretisierte und erweiterte Informationspflichten der Kreditinstitute gegenüber ihren Kunden. Kreditinstitute müssen Einleger darüber informieren, welchem Einlagensicherungssystem sie angehören und welche Einlagen geschützt

beziehungsweise nicht geschützt sind. Auf einem standardisierten Informationsblatt ist künftig regelmäßig über die Zugehörigkeit zu einem Einlagensicherungssystem und über dessen Modalitäten zu informieren, also etwa über die Sicherungsobergrenze und Entschädigungsfristen.

Darüber hinaus müssen die Kreditinstitute ihre Kunden künftig laufend über die Entschädigungsfähigkeit ihrer Einlagen informieren, indem sie diese auf den Kontoauszügen bestätigen. Zudem müssen die Einlagensicherungssysteme auf ihren Internetseiten die erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, vor allem zu den Verfahrensbestimmungen und den Bedingungen der Einlagensicherung. Diese Informationen dürfen die Institute nicht zu Werbezwecken verwenden.

Verbesserte Zusammenarbeit bei Entschädigungen innerhalb der EU

Verbessert wurde auch die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Entschädigungsfällen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. Wie bisher schützen die deutschen Einlagensicherungssysteme auch die Einleger von Zweigstellen eines deutschen Kreditinstituts in einem anderen europäischen Mitgliedstaat und umgekehrt; d. h. Einleger einer europäischen Zweigstelle in Deutschland werden durch das entsprechende europäische Einlagensicherungssystem gesichert. Damit wird sichergestellt, dass das Einlagensicherungssystem in dem Mitgliedstaat, der für die Aufsicht über das Kreditinstitut zuständig ist, für die Entschädigung aufkommen muss. Neu ist, dass die Auszahlung der Entschädigung durch das Einlagensicherungssystem des sogenannten Aufnahmemitgliedstaats, also in der Regel im Heimatland des Einlegers, erfolgt. Dieses handelt dabei im Namen des zuständigen Einlagensicherungssystems, folgt dessen Anweisungen und übernimmt keine Haftung. Die notwendigen Finanzmittel müssen vor der Auszahlung bereitgestellt und die angefallenen Kosten erstattet werden. Das heißt, dass für die

Neue Regel n für eine bessere Einlagensicherung

in Deutschland tätige Zweigstelle eines z. B. niederländischen Kreditinstituts in Zukunft das deutsche Einlagensicherungssystem das Entschädigungsverfahren im Namen und entsprechend den Anweisungen des niederländischen Einlagensicherungssystems übernimmt. Der Einleger in Deutschland muss sich also nicht mehr selbst an die Sicherungseinrichtung in den Niederlanden wenden, sondern kann das Entschädigungsverfahren in Deutschland abwickeln. Genauso würde das niederländische Einlagensicherungssystem die Entschädigung eines Einlegers in den Niederlanden durchführen, der sein Geld bei der Zweigestelle einer deutschen Bank in den Niederlanden angelegt hat.

4 Die Rolle der Einlagensicherung im Rahmen der Bankenabwicklung

Ein ausfallendes Institut sollte grundsätzlich so die Intention der Abwicklungsrichtlinie⁶ – im Rahmen eines regulären Insolvenzverfahrens abgewickelt werden. Die Einlagensicherungssysteme entschädigen in einem solchen Fall die Einleger nach den Vorgaben der Einlagensicherungsrichtlinie innerhalb der vorgegebenen Frist. Allerdings ist es möglich, dass die Liquidation einer potenziell systemgefährdenden Bank nach dem regulären Insolvenzverfahren z. B. die Finanzstabilität gefährden kann. In einem solchen Fall kann ein öffentliches Interesse daran bestehen, das Institut nach den Regeln der Abwicklungsrichtlinie abzuwickeln und Abwicklungsinstrumente anstatt eines regulären Insolvenzverfahrens anzuwenden. Ein mögliches Abwicklungsinstrument ist das sogenannte Bail-in, d. h. die Beteiligung der Gläubiger einer Bank an deren Verlusten. Die Einleger, die unter den Schutz der gesetzlichen Einlagensicherung fallen, sind

vom Bail-in ausgenommen. Die Einlage bleibt im Falle einer Abwicklung als Forderung des Einlegers gegen die Bank erhalten, sodass ein Entschädigungsverfahren nicht notwendig wird. Vor diesem Hintergrund sollen anstelle der Einleger die Einlagensicherungssysteme an den Kosten der Abwicklung beteiligt werden – und zwar grundsätzlich in dem Umfang, in dem sie auch in Anspruch genommen worden wären, wenn anstelle der Abwicklung ein Insolvenzverfahren mit dann fälliger Entschädigung der Einleger durchgeführt worden wäre. Die entsprechenden Regelungen sind im Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG)⁷ umgesetzt.

5 Ausblick

Die Kommission hat in vier Jahren, am 3. Juli 2019, dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie und gegebenenfalls einen begleitenden Legislativvorschlag darüber vorzulegen, wie die Einlagensicherungssysteme in einem "europäischen System" zusammenarbeiten können, um Risiken aus grenzüberschreitenden Tätigkeiten zu vermeiden und Einlagen vor solchen Risiken zu schützen. Die Kommission soll hierin u. a. die Angemessenheit der Zielausstattung, die Auswirkungen zulässiger Stützungsmaßnahmen im Hinblick auf den Schutz der Einleger und die Kohärenz mit den geordneten Abwicklungsverfahren im Bankensektor erörtern.

Dieser Bericht der Kommission ist abzuwarten. Nun geht es darum, die neuen und komplexen Regelungen zur Einlagensicherung, Bankenabwicklung und Bankenaufsicht zu implementieren und handhabbar zu machen.

⁶ Richtlinie 2014/59/EU.

⁷ § 145 SAG.

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

"G7-Finanzgipfel" unter deutscher Präsidentschaft mit dem Motto "An morgen denken. Gemeinsam handeln."

- Das Dresdener Treffen war ein erfolgreiches G7-Treffen mit intensiven und konstruktiven Diskussionen. Hierzu trug auch das erstmals organisierte Symposium mit renommierten Wirtschaftswissenschaftlern bei.
- Auf der Agenda standen die Schwerpunkte der deutschen G7-Präsidentschaft im Finanzbereich: eine dynamischere Weltwirtschaft mit nachhaltigem Wachstum, das Schließen von Lücken in der Finanzmarktregulierung und die Intensivierung der internationalen Kooperation in Steuerfragen.
- Darüber hinaus tauschte sich die G7 über eine Reihe aktueller Themen aus, wie z. B. geopolitische Risiken und Fragen der internationalen Finanzarchitektur.

1	Einleitung	30
	Inhaltliche Schwerpunkte	
	Weltwirtschaft	
2.2	Internationale Steuerpolitik	31
	Internationales Finanzsystem und Finanzmarktregulierung	
	Weitere Themen	
2	Fozit	2.4

1 Einleitung

Vom 27. bis 29. Mai fand in Dresden unter dem Motto "An morgen denken. Gemeinsam handeln." das Haupttreffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure unter deutscher Präsidentschaft und damit unter Vorsitz von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann statt. Neben Vertretern der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der Eurogruppe nahmen auch die Spitzen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) teil.

Dresden steht für Wiederaufbau und Strukturwandel und erwies sich nicht nur deshalb als passender Tagungsort.

2 Inhaltliche Schwerpunkte

Auf der Agenda standen die Schwerpunkte der deutschen G7-Präsidentschaft im Finanzbereich: eine dynamischere Weltwirtschaft mit nachhaltigem Wachstum, das Schließen von Lücken in der Finanzmarktregulierung und die Intensivierung der internationalen Kooperation in Steuerfragen. Zum ersten Mal bei einem G7-Finanztreffen waren in Dresden

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

im Rahmen eines Symposiums vor Beginn der Arbeitssitzungen führende Ökonomen eingeladen, um in kleiner Runde mit den Finanzministern und Notenbankgouverneuren über die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Finanzstabilität zu diskutieren. Zu Gast waren Alberto Alesina, Jaime Caruana, Martin Hellwig, Kenneth Rogoff, Nouriel Roubini, Robert Shiller und Lawrence Summers.

2.1 Weltwirtschaft

Zu Beginn der Arbeitssitzungen wurde aufbauend auf dem Symposium im Kreis der G7 darüber diskutiert, wie dynamisches und nachhaltiges Wachstum der Weltwirtschaft erreicht und ihre Widerstandsfähigkeit gestärkt werden kann.

Dabei betonten alle G7-Finanzminister und -Notenbankchefs die große Bedeutung von Strukturreformen. Für eine dynamische und anpassungsfähige Wirtschaft und nachhaltiges Wachstum sind ehrgeizige Strukturreformen notwendig, etwa um die private Investitionstätigkeit anzukurbeln, die Produktivität zu steigern sowie Forschung und Entwicklung und damit Innovationen zu fördern. In Dresden bestand Konsens, dass es besser ist, Strukturreformen zügig umzusetzen und nicht auf einen vermeintlich besseren Zeitpunkt zu warten - zumal nicht alle Strukturreformen Geld kosten, es aber durchweg Zeit braucht, bis sich ihre wachstumsfördernde Wirkung einstellt. Auch öffentliche Investitionen sind nötig – aber zielgerichtet und mit einem Schwerpunkt bei Bildung und Infrastruktur. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble wies darauf hin, dass die Bundesregierung ihre Ausgaben für Bildung und Forschung in den letzten fünf Jahren um ungefähr 50 % gesteigert hat.

Nachhaltiges Wachstum erfordert solide öffentliche Finanzen – auch hierüber bestand Einigkeit. In den meisten G7-Staaten bedeutet das eine Rückführung von öffentlicher Verschuldung und Haushaltsdefiziten, umso mehr, als sich die G7 den großen Trends der demographischen Entwicklung und der Digitalisierung stellen muss. Der digitale Wandel hat großartige Chancen eröffnet, bringt aber auch gewaltige Umbrüche mit sich. Die Aufgabe der Politik ist es, darauf zu reagieren.

2.2 Internationale Steuerpolitik

Eine vertiefte internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich führt zu mehr Steuergerechtigkeit - in Deutschland und allen anderen beteiligten Staaten. Deshalb engagiert sich die G7 stark in den laufenden Projekten der internationalen Steueragenda auf der G20-Ebene – insbesondere beim BEPS-Projekt ("Base Erosion and Profit Shifting" - Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerung) und beim automatischen steuerlichen Informationsaustausch. Die Projekte sind "on track" und die Fortschritte weitreichender als noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten. Beim BEPS-Projekt werden die Empfehlungen für alle 15 Aktionspunkte fristgerecht bis Ende 2015 abgeschlossen. BEPS-Lösungen und der automatische Austausch von Informationen zu Finanzkonten müssen nun auch effektiv implementiert werden, wie von allen Teilnehmern betont wurde.

Neben den laufenden Projekten hat die G7 aber auch über die aktuelle Agenda hinausgeblickt. Die G7-Staaten sind sich einig, insbesondere an einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen zu arbeiten. Hierzu gibt es einige konkrete Vorschläge, die weiter zu diskutieren sind, wie z.B. die Schaffung eines besseren und effektiveren Mechanismus zur Lösung von Konflikten zwischen nationalen Steuerverwaltungen und noch engere Zusammenarbeit durch internationale Informationsnetze bis hin zu gemeinsamen Betriebsprüfungen. Das BMF setzt sich dafür ein, dass die G7 zügig Fortschritte erzielt und in der Verwaltungspraxis noch enger zusammenarbeitet.

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

Ein wesentliches Anliegen der G7 ist die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die internationale Steueragenda und ihre weitere Unterstützung beim Aufbau effizienter Steuerverwaltungen und fairer und transparenter Steuersysteme. Dazu sind die Entwicklungsländer u. a. direkt und aktiv an den BEPS-Projektarbeiten beteiligt und werden bei der Umsetzung der Ergebnisse unterstützt werden, ebenso wie bei der Umsetzung des neuen Standards zum automatischen steuerlichen Informationsaustausch. Ziel ist es, die Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, die nachhaltige Erzielung von eigenen Einnahmen zu verbessern – eine zentrale Voraussetzung für Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung.

2.3 Internationales Finanzsystem und Finanzmarktregulierung

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Geldpolitik in den G7-Ländern weiterhin entsprechend des jeweiligen Mandats ihrer Zentralbanken Preisstabilität gewährleisten und die wirtschaftliche Erholung unterstützen wird. Angesichts der Bedeutung der Finanzstabilität wird die G7 die Entwicklung an den Finanzmärkten sorgfältig beobachten und die Gefahr überhöhter Vermögenspreise nicht ignorieren. Der scharfe Anstieg der längerfristigen Zinsen, der in den vergangenen Wochen zu beobachten war, stellt nach Meinung der Teilnehmer eine Korrektur früherer Übertreibungen dar.

Mit Blick auf das internationale Finanzsystem teilten die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure die Auffassung, dass bereits beträchtliche Fortschritte auf dem Weg zu einem stabileren und widerstandsfähigeren Finanzsystem erzielt worden sind, gerade, was den Bankensektor betrifft. Sie waren sich aber auch einig, dass die Arbeit noch nicht beendet ist. Die G7 bekräftigt deshalb noch einmal ausdrücklich ihre Unterstützung der G20-Agenda zur Finanzmarktregulierung und ihre Verpflichtung, die zugesagten Reformen vollständig, zeitnah und konsistent umzusetzen.

Total Loss Absorbing Capacity

Eine wichtige Säule bei diesen Reformen sind die Regeln für das regulatorische Eigenkapital der Banken. Sie zielen darauf ab, dass die Banken über hinreichend verlustabsorbierendes Kapital verfügen. Genügend verlustabsorbierendes Kapital oder "Total Loss Absorbing Capacity" auf Englisch, kurz TLAC – ist dabei eine entscheidende Komponente, um das "too-big-to-fail"-Problem in den Griff zu bekommen, insbesondere mit Blick auf global systemrelevante Banken. Mit anderen Worten: Eine bindende Untergrenze für die Höhe von TLAC ist wichtig, um eine glaubwürdige und effektive Abwicklung von Banken in Schieflage zu gewährleisten, und zwar ohne das Finanzsystem zu gefährden.

Die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure sind sich bewusst, dass eine Erhöhung der Eigenkapitalquoten eine große Herausforderung für die Banken darstellt. Eine Lehre wurde aber aus der Finanzkrise gezogen: Für ein stabiles Bankensystem ist mehr und besseres Eigenkapital unverzichtbar. Die Möglichkeit eines dämpfenden Effektes auf die Kreditvergabe der Banken muss dafür in Kauf genommen werden. Es gibt übrigens durchaus Hinweise, dass die Verbesserung der Eigenkapitalposition der Banken am Ende zu einem Rückgang ihrer Eigenkapitalkosten führen kann. Dies würde wiederum die Auswirkung strengerer Eigenkapitalanforderungen auf die Kreditzinsen der Banken begrenzen.

Die G7 unterstützt die entsprechenden Arbeiten des Financial Stability Board (FSB) und hat sich verpflichtet, auf dem G20-Gipfel in Antalya im November 2015 glaubwürdige Standards für das verlustabsorbierende Kapital systemrelevanter Banken vorzulegen. Derzeit laufen noch umfassende Auswirkungsstudien. Die neuen Regeln werden zusätzlich dafür sorgen, dass die Steuerzahler vor den Verlusten strauchelnder Banken geschützt werden.

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

Schattenbanken

Außerdem bleiben die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure dem Ziel verpflichtet, den Schattenbankensektor entsprechend der von ihm ausgehenden systemischen Risiken stärker zu regulieren und zu beaufsichtigen. In den vergangenen Jahren wurden viele Empfehlungen ausgesprochen, wie der Schattenbankensektor zu einer dauerhaft stabilen Quelle für marktbasierte Finanzierung gemacht werden kann. Die Umsetzung dieser Empfehlungen ist in vielen Ländern allerdings noch nicht abgeschlossen. Deshalb muss besondere Aufmerksamkeit auf die rasche und international konsistente Umsetzung gerichtet werden, um Fragmentierung und Regulierungsarbitrage zu vermeiden. Die G7 wird zudem mögliche neue systemische Risiken aus marktbasierter Finanzierung beobachten und gegebenenfalls angehen. So wird dafür gesorgt, dass das Finanzsystem in der Lage ist, seine dienende Funktion für die Realwirtschaft zu erfüllen.

Regulatorische Behandlung von Staatsanleihen

Die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure begrüßen, dass der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht eine angemessene regulatorische Behandlung von Staatsanleihen diskutiert. Bislang werden Staatsanleihen allgemein als risikolos und liquide behandelt, obwohl die jüngere historische Erfahrung dem nicht entspricht. Wenn aber Staatsanleihen nicht risikofrei sind, widerspricht die derzeitige regulatorische Behandlung dem Geist der Baseler Regeln, die u. a. eine dem jeweiligen Risiko entsprechende Eigenkapitalunterlegung vorsehen. Daher unterstützt es die G7, dass der Baseler Ausschuss zu gegebener Zeit entsprechende Vorschläge vorlegen wird.

Bankers' Code of Conduct

In der jüngeren Vergangenheit gab es eine Reihe von Fällen, in denen Unternehmen der Finanzindustrie und ihren Mitarbeitern

Fehlverhalten zur Last gelegt und mit hohen Geldstrafen geahndet wurde. Fehlverhalten in der Finanzindustrie ist auch eine Folge der jeweils herrschenden Unternehmenskultur. Notwendig ist ein Gleichgewicht zwischen individueller Verantwortlichkeit und der Verantwortlichkeit des Unternehmens. Vor diesem Hintergrund erachtet es die G7 als wünschenswert, dass ein "Bankers' Code of Conduct", also ein Verhaltenskodex für Bankangestellte, in Abstimmung mit den zuständigen internationalen Gremien formuliert wird. Die G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure haben daher das FSB ermutigt, die Arbeiten zur Entwicklung eines solchen Verhaltenskodexes anzustoßen. Regulierung kann Grenzen setzen, aber persönliche Integrität und angemessenes Verhalten gehen über den Einflussbereich der Regulierung hinaus. Zweifellos muss es auch im Interesse der Finanzindustrie sein, durch eine entsprechende Selbstverpflichtung eine Kultur des Vertrauens zu schaffen. In einer hochgradig internationalisierten Finanzindustrie kann die Initiative für eine solche Selbstverpflichtung nicht von der nationalen Ebene ausgehen. Es ist deshalb zu begrüßen, dass diese Debatte nun auf internationaler Ebene in Gang gekommen ist.

Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die G7 will gemeinsam die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung intensivieren. Dazu wurde in Dresden beschlossen, die vereinbarten Standards konsequent umzusetzen, künftig noch zügiger zu handeln, hart durchzugreifen und die Zusammenarbeit weiter zu verbessern. Das betrifft insbesondere das zügige Einfrieren von Vermögen und mehr Transparenz bei Finanzströmen – auch für virtuelle Währungen und andere neue Zahlungsmethoden.

2.4 Weitere Themen

Darüber hinaus ging es in Dresden noch um weitere aktuelle Themen. Unter anderem

Ergebnisse des Treffens der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure vom 27. bis 29. Mai in Dresden

sprachen die G7-Finanzminister und -Notenbankchefs mit dem Präsidenten der Weltbank über Präventionsmaßnahmen gegen künftige Epidemien nach den Erfahrungen mit der Ebola-Epidemie und über die Rolle, die der internationalen Finanzarchitektur bei der Krisenprävention und -reaktion zukommt. Es wurde auch diskutiert, wie den Menschen in Nepal nach der verheerenden Erdbebenkatastrophe geholfen werden kann. Sollte die nepalesische Regierung dies wünschen, wird die G7 weitere Hilfsmaßnahmen ergreifen und multilaterale Finanz- und Wiederaufbauhilfe sowie einen Schuldenerlass prüfen.

Beim Thema Griechenland bestand Einigkeit, dass es an der griechischen Regierung ist, ihre Zusammenarbeit mit den drei Institutionen voranzutreiben, um einen erfolgreichen Abschluss der Programmüberprüfung zu erreichen.

Die Ukraine ist trotz aller Schwierigkeiten auf einem guten Weg. Alle G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure begrüßten die feste Entschlossenheit des Landes, eine ehrgeizige Reformagenda umzusetzen. Bei den Verhandlungen zu den ukrainischen Schulden ruft die G7 alle Beteiligten auf, konstruktiv auf ein gutes Ergebnis im Sinne des IWF-Programms hinzuarbeiten.

Darüber hinaus fand in Dresden ein kurzer Austausch über die neue Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) statt. Alle G7-Finanzminister und -Notenbankchefs wollen den Erfolg dieser Bank. Sie kann dazu beitragen, den großen Infrastrukturbedarf Asiens zu decken; daneben kann sie integrierter Bestandteil der globalen Finanzarchitektur werden. Dazu müssen die bewährten Standards bei Governance, Beschaffung sowie Sozial- und Umweltpolitik berücksichtigt werden.

Die G7 haben die Aufnahme des chinesischen Renminbi in den Währungskorb der Sonderziehungsrechte des IWF grundsätzlich begrüßt, wenn die bestehenden Kriterien hierfür von China erfüllt werden. Der IWF wird seine Arbeiten hierzu vorantreiben.

3 Fazit

Das Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Dresden war insgesamt ein Erfolg. Die Teilnehmer äußerten die Hoffnung, bei den zahlreichen Finanzthemen eine gute Grundlage für das Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs am 7. und 8. Juni 2015 im bayerischen Elmau gelegt zu haben.

Das G7-Format eines informellen vertraulichen Austauschs hat sich bewährt. Die G7 spielt neben dem umfangreicheren und formaleren G20-Format eine wichtige Rolle als Katalysator für die G20, als Wertegemeinschaft – nicht zuletzt bei der Reaktion auf geopolitische Krisen – und als Forum für wichtige Geberländer in Entwicklungsfragen.

Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 2. Quartal 2015 gestartet. Die Gesamtheit der Indikatoren spricht für eine Fortsetzung des Aufschwungs.
- Der Arbeitsmarkt konnte weitere Verbesserungen verbuchen. In saisonbereinigter Rechnung setzten sich der Rückgang der Arbeitslosenzahl und der Beschäftigungsaufbau fort.
- Seit Februar ist eine moderate Aufwärtsbewegung der jährlichen Inflationsrate zu beobachten. Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai 2015 gegenüber dem Vorjahresniveau um 0,7 % an. Die Energiepreisentwicklung wirkt weiterhin dämpfend, aber nicht mehr in dem Maße wie in den Monaten zuvor.

Die Gesamtheit der Indikatoren spricht für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs im 2. Quartal 2015 in moderatem Tempo. Insbesondere die Industrie ist gut in das neue Vierteljahr gestartet. Zwar war die Stimmung in den Unternehmen (ifo Geschäftserwartungen in der Gewerblichen Wirtschaft) und der Finanzmarktanalysten (ZEW-Konjunkturerwartungen) zum zweiten beziehungsweise dritten Mal in Folge etwas weniger optimistisch als einen Monat zuvor; beide Indikatoren bewegen sich jedoch auf einem hohen Niveau.

Bereits im 1. Quartal 2015 war ein moderateres Tempo des Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verzeichnen, nachdem zuvor die konjunkturelle Expansion außerordentlich stark ausgefallen war (preis-, kalender- und saisonbereinigt 4. Quartal 2014 + 0,7 % und 1. Quartal 2015 + 0,3 % jeweils gegenüber dem Vorquartal). Positive Wachstumsimpulse kamen zu Beginn dieses Jahres rein rechnerisch ausschließlich von der Inlandsnachfrage (+ 0,5 Prozentpunkte gegenüber Vorquartal). Die Nettoexporte dämpften das Wachstum (-0,2 Prozentpunkte), da die realen Importe von Waren und Dienstleistungen ein höheres Plus als die Exporte von Waren und Dienstleistungen verzeichneten. Die Binnenkonjunktur wurde sowohl von einer Ausweitung des privaten Konsums (preis-,

kalender- und saisonbereinigt + 0,6 % gegenüber dem Vorguartal) als auch von einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen (+1,5%) begünstigt. Merklich positive Impulse gingen dabei von den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen des nichtstaatlichen Sektors aus. Die Investitionen in Nichtwohnbauten zogen kräftiger an als der Wohnungsbau. Ob dies eine Trendwende zu dynamischerer Investitionsentwicklung darstellt, bleibt abzuwarten; die Bedingungen dafür sind nach wie vor gut. Die niedrigen – wenn auch wieder leicht anziehenden - Zinsen tragen zu Kostenentlastungen der Unternehmen bei. Darüber hinaus ist die Finanzlage der Unternehmen weiterhin gut. Auch der Aufwärtstrend der privaten Konsumausgaben könnte höhere Investitionen nach sich ziehen. Die privaten Haushalte profitieren von den Einkommenssteigerungen, die zum einen aus dem bis zuletzt anhaltenden Beschäftigungsaufbau und zum anderen aus den Tariflohnsteigerungen resultieren. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im 1. Quartal 2015 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % zu. Je Arbeitnehmer belief sich der Anstieg auf 2,5 %. In der Nettobetrachtung, also nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen, nahmen die Pro-Kopf-Löhne um 1,9 % zu. Bei einem Konsumdeflator von + 0,3 % kam es zu einer Ausweitung der realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeit-

 $Konjunkturentwicklung\,aus\,finanzpol\,itischer\,Sicht$

nehmer um 1,6 %. Dies stärkte – zusammen mit der Beschäftigungsexpansion – die Kaufkraft der Verbraucher.

Die deutliche Ausweitung der Binnennachfrage sowie die damit einhergehenden Gewinn- und Einkommenssteigerungen begünstigten die Entwicklung des Steueraufkommens im bisherigen Jahresverlauf. Beispielsweise erhöhte sich das Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung, also vor Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage, von Januar bis Mai 2015 um 6,1% gegenüber dem Vorjahr.

Exporttätigkeit gewann zum Beginn des neuen Quartals an Schwung

Als ein Indikator für die weitere Entwicklung der Außenhandelstätigkeit werden die monatlichen Ergebnisse des Statistischen Bundesamts zum Spezialhandel analysiert.1 Danach sind die nominalen Warenexporte und -importe in saisonbereinigter Rechnung tendenziell aufwärtsgerichtet. Dabei entwickelten sich zu Beginn des neuen Quartals die Ausfuhren dynamischer als die Einfuhren. Die nominalen Warenexporte stiegen im April gegenüber dem Vormonat deutlich an. Im Zweimonatsvergleich beschleunigte sich die Zunahme der Warenausfuhren (+ 3,0 % nach + 1,0 % jeweils gegenüber Vorperiode). Die nominalen Warenimporte waren dagegen im April gegenüber dem Vormonat rückläufig. Im Zweimonatsvergleich zeigen sie jedoch weiterhin einen Aufwärtstrend.

Nach Ursprungswerten expandierten die Warenexporte im Zeitraum Januar bis April kräftig (+ 5,9 % gegenüber dem Vorjahr).

¹ Spezialhandel: Gegenstand ist der grenzübergreifende Warenverkehr mit dem Ausland; Dienstleistungen sind nicht Gegenstand dieser Statistik; nominale Rechnung; fließt als ein wichtiger Bestandteil in die Berechnungen der realen Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Die Warenimporte erhöhten sich mit einer geringeren Rate (+ 2,1%). In regionaler Gliederung liegen bisher nur Daten für das 1. Quartal vor. Die Ausfuhren in EU-Länder außerhalb des Furoraums nahmen besonders kräftig zu (+ 7,2 % gegenüber dem Vorjahr). Auch die Exporte in Drittländer zogen stark an (+ 6,6%). Dies dürfte zum Teil mit dem niedrigen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar im Zusammenhang stehen. Die Exportausweitung in den Euroraum war ebenfalls deutlich (+ 3,1%). Auch die Importe aus Drittländern und den EU-Ländern außerhalb des Euroraums wurden im 1. Quartal spürbar ausgeweitet (+ 4,3 % und + 1,8 %), während aus dem Euroraum weniger eingeführt wurde (- 0,9 %).

Der kumuliert für die ersten vier Monate dieses Jahres höhere Anstieg der Exporte gegenüber den Importen ergibt einen Handelsbilanzüberschuss von 80,7 Mrd. €, der um 15,8 Mrd. € über dem entsprechenden Vorjahresniveau liegt. Damit trug die Ausweitung des Warenhandels entscheidend zu dem um 13,0 Mrd. € gestiegenen Leistungsbilanzüberschuss bei.

Die Beschleunigung der Exporttätigkeit im Verlauf deutet darauf hin, dass die Weltwirtschaft wieder etwas an Schwung gewonnen haben könnte. Zwar ist der niedrige Ölpreis für die ölexportierenden Länder nach wie vor eine Belastung, aber der Anstieg auf ein Niveau knapp über 60 US-Dollar pro Barrel könnte bereits eine anziehende Nachfrage aus diesen Ländern bewirkt haben. Darüber hinaus dürfte der niedrige Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen begünstigt haben.

Die aktuellen Daten sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in einigen Teilen der Welt noch Probleme gibt, die das globale Wirtschaftswachstum beeinträchtigen könnten. Dies sieht auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) so, die in ihrem Wirtschaftsausblick vom Juni für dieses Jahr von

 $Konjunkturentwick Iung\, aus\, finanzpolitischer\, Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014	Veränderung in % gegenüber							
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r		
	bzw. Index	Vorjahr in %	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15	3. Q. 14	4. Q. 14	1. Q. 15		
Bruttoinlandsprodukt										
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	+0,1	+0,7	+0,3	+1,2	+1,6	+1,1		
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,2	+1,1	+1,1	+2,9	+3,2	+3,0		
Einkommen ¹										
Volkseinkommen	2 181	+3,9	+0,6	-0,2	+3,6	+3,9	+2,7	+3,7		
Arbeitnehmerentgelte	1 482	+3,8	+0,8	+1,0	+0,7	+3,7	+3,8	+3,4		
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	699	+4,1	+0,2	-2,8	+9,9	+4,4	+0,0	+4,4		
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 722	+2,4	+0,9	+1,1	-0,0	+1,9	+3,3	+3,1		
Bruttolöhne und -gehälter	1211	+3,9	+0,9	+0,8	+0,8	+3,8	+3,8	+3,5		
Sparen der privaten Haushalte	166	+5,9	-0,6	+8,4	-4,9	+3,2	+13,2	+5,4		
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er			
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjahr	.1		
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Mrz 15	Apr 15	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 15	Apr 15	Zweimonats durchschnit		
in jeweiligen Preisen										
Außenhandel (Mrd. €)										
Waren-Exporte	1134	+3,7	+1,3	+1,9	+3,0	+12,5	+7,5	+10,1		
Waren-Importe	917	+2,1	+2,4	-1,3	+2,5	+7,2	+2,8	+5,0		
in konstanten Preisen von 2010										
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	107,9	+1,5	-0,4	+0,9	+0,1	+0,2	+1,4	+0,8		
Industrie ²	109,8	+1,9	-0,6	+0,7	-0,2	-0,5	+0,6	+0,0		
Bauhauptgewerbe	108,5	+2,7	+1,1	+1,3	+1,0	+0,4	+1,7	+1,0		
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	108,6	+2,7	-0,4	+1,3	+0,1	+1,1	+2,4	+1,7		
Inland	104,5	+1,2	+0,1	-0,1	-0,4	-0,6	-1,1	-0,8		
Ausland	113,0	+4,1	-0,9	+2,7	+0,6	+2,8	+6,0	+4,3		
Auftragseingang (Index 2010 = 100)										
Industrie ²	109,1	+2,9	+1,1	+1,4	+1,3	+2,0	+0,4	+1,2		
Inland	103,4	+1,6	+4,3	-3,8	+2,4	+3,6	-1,4	+1,2		
Ausland	113,7	+3,8	-1,4	+5,5	+0,4	+0,8	+1,9	+1,3		
Bauhauptgewerbe	109,4	-1,7	-2,2		+1,8	+1,6		+1,4		
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)										
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,9	+1,6	-1,4	+1,7	-0,7	+4,3	+1,0	+2,6		
Handel mit Kfz	104,1	+2,4	+1,0		+3,2	+12,0		+8,1		

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber	
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr		
	Mio.	Vorjahr in %	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-14	-9	-6	-123	-100	-120
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+12	+21		+235	+208	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+78			+537		
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er	
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber	Vorperiode Vorjahr					
	IIIUEX	Vorjahr in %	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15
Importpreise	103,6	-2,2	+1,0	+0,6		-1,4	-0,6	
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	+0,1	+0,1		-1,7	-1,5	
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,5	+0,0	+0,1	+0,3	+0,5	+0,7
ifo Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden			
gewerbliche Wirtschaft	Okt 14	Nov 14	Dez 14	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15
Klima	+0,5	+2,8	+4,3	+6,6	+6,8	+8,9	+10,2	+10,0
Geschäftslage	+5,7	+7,9	+9,0	+12,5	+11,8	+13,2	+16,8	+17,3
Geschäftserwartungen	-4,6	-2,2	-0,2	+0,8	+1,9	+4,7	+3,8	+2,9

 $^{^{1}}$ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, eigene Berechnungen.

einem leicht geringeren Wachstum als im Jahr 2014 ausgeht (2014: 3,3 %; 2015: 3,1 %). Dabei werden die größeren Schwellenländer, insbesondere China, voraussichtlich weniger starke Impulse geben als noch vor einigen Jahren. Die Vereinigten Staaten dürften erst im Jahresverlauf wieder an Kraft gewinnen. Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in den Vereinigten Staaten zum Jahresbeginn dämpft jedoch die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt. Ein sich erholender Euroraum wird dagegen das globale Wachstum voraussichtlich begünstigen. Für einen sich erholenden Euroraum spricht beispielsweise der Indikator ifo Wirtschaftsklima im Euroraum, der zuletzt ein Niveau erreichte, das so hoch war wie vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass die Auftragseingänge aus dem Euroraum bei deutschen Unternehmen der Investitions- und Konsumgüterindustrie

saisonbereinigt deutlich an Schwung gewonnen haben (Zweimonatsdurchschnitt gegenüber der Vorperiode). Die Auslandsbestellungen insgesamt nahmen im gleichen Zeitraum dagegen nur leicht zu. Sie wurden von rückläufigen Bestellungen aus den Ländern außerhalb des Euroraums gedämpft.

Industrie ist gut in das 2. Quartal gestartet

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ist im Zweimonatsvergleich in saisonbereinigter Betrachtung aufwärtsgerichtet. Hauptimpulsgeber waren dabei die Inlandsorders, die mit saisonbereinigt 2,4 % im Vergleich zur Vorperiode deutlich zunahmen. Hierzu trug vor allem eine Auffüllung der Auftragsbücher der Investitionsgüterhersteller bei (saisonbereinigt + 3,6 % gegenüber der Vorperiode). Die Zunahme der Nachfrage lässt

²Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

eine spürbare Expansion in der Industrie in den kommenden Monaten erwarten.

Ein Anzeichen dafür ist die leichte Ausweitung der industriellen Erzeugung zum Quartalsbeginn, wenngleich im Zweimonatsdurchschnitt noch eine Seitwärtsbewegung zu beobachten ist (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Dabei dämpfte – trotz eines Anstiegs am aktuellen Rand – eine rückläufige Vorleistungsgüter- und Investitionsgüterherstellung. Der Umsatz aus dem Verkauf der hergestellten Erzeugnisse war im Zweimonatsvergleich ebenfalls seitwärtsgerichtet, was aus einem Minus des inländischen und einem Anstieg des ausländischen Geschäfts resultierte. Im April war dabei jedoch ein kräftiger Anstieg der saisonbereinigten Auslandsumsätze zu verzeichnen.

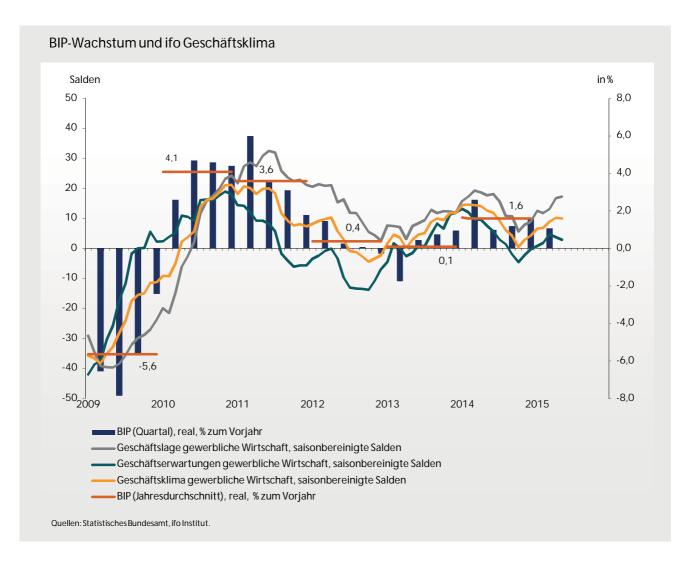
Allerdings signalisieren die jüngsten Lageindikatoren vom Mai und der zweite Rückgang der ifo Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe, dass die industrielle Aufwärtsbewegung wenig schwungvoll ausfallen dürfte. Dafür spricht auch die im Zweimonatsvergleich rückläufige Erzeugung von Vorleistungsgütern, die ebenfalls als ein Indikator für zukünftige Produktion fungiert.

Im Baugewerbe stehen dagegen die Signale auf beschleunigte Ausweitung der Geschäftstätigkeit im 2. Quartal. Im April wurde die Bauproduktion saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat erneut spürbar ausgeweitet. Im Zweimonatsdurchschnitt setzte sich damit die Aufwärtsbewegung fort. Hierzu trugen die Bereiche Ausbaugewerbe und Tiefbau bei (+ 1,6 %, + 1,4 % jeweils gegenüber der Vorperiode), während die Produktion im Hochbau nahezu stagnierte. Darüber hinaus dürfte sich der zum Jahresbeginn sehr kräftige Nachfrageanstieg im Bauhauptgewerbe, insbesondere im Tief- und Wohnungsbau, in einen zunehmenden Produktionsausstoß in dieser Branche übersetzen.

Moderate Zunahme der privaten Konsumausgaben im 2. Quartal erwartet

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren zu Beginn dieses Jahres deutlich gestiegen. Im 2. Quartal dürfte sich die Ausweitung des privaten Konsums in etwas moderaterem Tempo fortsetzen. Der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau generiert Einkommensverbesserungen, die zusammen mit der niedrigen Inflation die Kaufkraft der Verbraucher zusätzlich stärken. Allerdings könnte die stimulierende Wirkung der niedrigen Ölpreise etwas nachgelassen haben, da gegenüber Januar wieder eine merkliche Steigerung dieser Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt zu verzeichnen war. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) wider, die aus diesem Grund zu etwas geringeren Einkommenserwartungen kamen. Das Konsumklima verbesserte sich insgesamt dennoch und erreichte zuletzt das höchste Niveau seit Oktober 2001. Hierzu trugen eine günstigere Einschätzung der Konjunkturerwartungen und der Anschaffungsneigung bei. Positiv schlägt hinsichtlich der Entwicklung des privaten Konsums auch zu Buche, dass der Umsatz im Einzelhandel ohne Kraftfahrzeuge im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt spürbar anstieg. Aufgrund der beiden vorangegangenen Rückgänge ist im Dreimonatsdurchschnitt jedoch nur eine Seitwärtsbewegung zu beobachten. Der Kraftfahrzeug-Handel zeigte im 1. Quartal noch einen kräftigen Aufwärtstrend (aktuellere Daten liegen noch nicht vor), der sich ausgehend von im Zweimonatsdurchschnitt rückläufigen Pkw-Neuzulassungen im laufenden Quartal abgeflacht haben könnte. Allerdings schätzten die vom ifo Institut befragten Einzelhandelsunternehmen ihre Geschäftstätigkeit im Mai wesentlich günstiger ein als vor einem Monat.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



Insgesamt dürfte damit der private Konsum auch im 2. Quartal eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums bleiben.

Beschäftigungsaufbau und Rückgang der Arbeitslosenzahl setzten sich fort

Der Arbeitsmarkt kann weiterhin Verbesserungen verbuchen. In saisonbereinigter Rechnung ging die Zahl arbeitsloser Personen im Mai leicht zurück (- 6 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Nach Ursprungswerten waren 2,76 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Das waren 120 000 Personen weniger als vor einem Jahr. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,3 % und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau.

Die Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) stieg nach Ursprungswerten im April um 208 000 Personen auf 42,65 Millionen Personen an (+ 0,5 % gegenüber dem Vorjahr). Saisonbereinigt wurde der Stand des Vormonats um 21 000 Personen übertroffen.

Im März waren nach Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) 78 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Monat. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag nach Ursprungswerten bei 30,47 Millionen Personen und damit um 537 000 Personen über dem Vorjahresniveau (+ 1,8 %). Dabei verzeichneten alle Bundesländer einen Beschäftigungsanstieg. Fast alle Wirtschaftsbereiche stellten

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

mehr sozialversicherungspflichtiges Personal ein. Den kräftigsten Anstieg gab es in den Bereichen Unternehmensdienstleistungen, Pflege und Soziales sowie Handel. Aufgrund einer Änderung im Meldeverfahren könnte der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung laut BA allerdings etwas überzeichnet sein.

Die Zunahme der Beschäftigung kommt nur zu einem geringen Teil aus dem Rückgang der Arbeitslosenzahl. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Profile der Arbeitslosen in berufsfachlicher, qualifikatorischer und regionaler Hinsicht oftmals nicht zur Nachfrage nach Personal passen. Der Beschäftigungsaufbau ist daher zu einem großen Teil auf Zugänge aus der Stillen Reserve und einem Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund von Zuwanderung zurückzuführen.

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich angesichts des erwarteten Wirtschaftswachstums von preisbereinigt 1,8 % in diesem Jahr fortsetzen. Dafür spricht auch der anhaltende Aufwärtstrend der Arbeitskräftenachfrage, gemessen am umfassenden Stellenindex der BA. Zudem signalisiert das ifo Beschäftigungsbarometer, dass die deutsche Wirtschaft bereit ist, ihr Personal weiter aufzustocken. Dabei wollen vor allem die Wirtschaftsbereiche Verarbeitendes Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleistungen mehr Mitarbeiter einstellen.

Moderate Aufwärtsbewegung der Inflationsrate

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland stieg im Mai 2015 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % an. Damit setzte sich die im Februar 2015 begonnene moderate Aufwärtsbewegung der Inflationsrate fort. Die dämpfende Wirkung des Energiepreisrückgangs ist zwar immer noch hoch (-5,0 % gegenüber dem Vorjahr), hat sich jedoch abgeschwächt. Gleichzeitig beschleunigte sich die Verteuerung von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr etwas (+1,4 % und +1,5 % gegenüber dem Vorjahr).

Die Rohölpreise auf dem Weltmarkt waren im Mai im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat immer noch kräftig rückläufig. So lag der Ölpreis in US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent im Mai gut 40 % unter seinem Vorjahresniveau. In Euro gerechnet wurde der Rückgang etwas gebremst. Im Vergleich zum Tiefststand im Januar 2015 zog der Ölpreis in US-Dollar im Mai jedoch um gut 33 % an. Es zeichnet sich damit ein leichter Aufwärtstrend im Verlauf ab. Im Vorjahresvergleich dürfte der dämpfende Effekt des Ölpreises allerdings erst zum Jahresende auslaufen.

Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar verteuert Importe aus dem Nicht-Euroraum. Dies könnte zu dem beschleunigten Anstieg des Importpreisindex ohne Energie beigetragen haben. Die Teuerungsrate lag in den ersten beiden Monaten dieses Jahres noch bei jeweils unter 2 %. Im März und April nahmen die Importpreise um 3,0 % beziehungsweise 3,4 % zu. Aber auch die Importpreise von Energieprodukten wirkten weniger dämpfend.

Die im Vorjahresvergleich noch rückläufige Energiepreisentwicklung dürfte das Preisniveau auf der Konsumentenstufe noch einige Monate entlasten. Dem entgegen wirkt der Importpreisanstieg für Nichtenergieprodukte. Zusammengenommen spricht dies dafür, dass die Entwicklung des Verbraucherpreisindex jedoch weiterhin moderat bleibt.

Steuereinnahmen im Mai 2015

Steuereinnahmen im Mai 2015

Im Mai 2015 sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich um insgesamt 13,3 % gestiegen. Diese außer-ordentliche hohe Änderungsrate zum Vorjahr ergibt sich, weil die Vorjahresbasis aufgrund einer Auszahlung von Kernbrennstoffsteuer in Höhe von rund 2,2 Mrd. € stark geschwächt war. Ohne diesen Sondereffekt bei der Kern-brennstoffsteuer betrug der Anstieg 7,7 % gegenüber dem Mai 2014.

Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten im Mai 2015 einen Anstieg von 8,5 % gegenüber dem Vorjahr. Insbesondere die Lohnsteuer (+ 9,4 %) und die Steuern vom Umsatz (+ 6,0 %) trugen zum kräftigen Aufkommenswachstum bei, wobei die Einnahmen von Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer deutlich anstiegen. Auch die Einnahmen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungsgewinne (+ 58,9 %) legten kräftig zu, wodurch Mindereinnahmen vom Jahresanfang nun mehr als ausgeglichen wurden. Das günstige Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern steht im Einklang mit der positiven Konjunkturentwicklung, die mit Gewinn- und Lohnsteigerungen sowie mit einer deutlichen Expansion des privaten Konsums einhergeht.

Bei den Bundessteuern resultiert der Anstieg der Einnahmen von + 42,9 % aus der Auszahlung von Kernbrennstoffsteuer in Höhe von 2,2 Mrd. € im Mai 2014 sowie aufgrund von Verschiebungen des Kraftfahrzeugsteueraufkommens im Vergleich zum Vorjahr. Der Aufkommenszuwachs der Ländersteuern ist insbesondere durch das robuste Aufkommenswachstum der Grunderwerbsteuer bestimmt.

EU-Eigenmittel

Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 5,0 % über dem Vorjahresvergleichswert. Insgesamt – unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer- und BNE-Eigenmittel – stiegen die EU-Eigenmittel um 6,3 % gegenüber Mai 2014.

Gesamtüberblick kumuliert bis Mai 2015

In den Monaten Januar bis Mai des Jahres 2015 ist das Steueraufkommen insgesamt um 6,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen um 4,9 % zu, die Bundessteuern bedingt durch Sondereffekte um 12,4 % sowie die Ländersteuern um 14,1 %.

Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Mai 2015 um 21,3 % über dem Vorjahresniveau. Wie bereits erwähnt, ist das Ergebnis aber durch den Sondereffekt bei der Kernbrennstoffsteuer stark überhöht. Dennoch trugen vor allem die konjunkturell bedingten guten Entwicklungen bei der Lohnsteuer und bei den Steuern vom Umsatz zum Ergebnis bei.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen trotz geringerer Bundesergänzungszuweisungen im Monat Mai 2015 mit + 7,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat recht deutlich. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 11,0 %.

Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuereinnahmen profitierten weiterhin von der guten konjunkturellen Entwicklung, insbesondere der anhaltend guten Beschäftigungslage und Lohnsteigerungen. Allerdings ist das Aufkommenswachstum durch eine Verschiebung von Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahr in einem Bundesland leicht überhöht. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat Mai 2015 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 %. Das hiervon abzuziehende aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld verblieb etwa auf Vorjahresniveau (-0,1%). Im Ergebnis stieg daher das Kassen-

Steuereinnahmen im Mai 2015

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2014	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 532	+9,4	69 791	+7,5	178 150	+6,1
veranlagte Einkommensteuer	126	-53,9	14 414	+9,1	48 550	+6,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 208	+0,8	5 192	+1,8	16 400	-5,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlags)	754	+58,9	4830	+8,7	7 375	-5,6
Körperschaftsteuer	430	+593,2	4 650	-9,6	20 800	+3,8
Steuern vom Umsatz	18 535	+6,0	85 948	+3,3	208 200	+2,5
Gewerbesteuerumlage	200	+14,4	1046	-0,9	4 024	+4,0
erhöhte Gewerbesteuerumlage	64	-8,7	853	-0,5	3 396	+3,8
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	34 849	+8,5	186 724	+4,9	486 895	+3,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 311	+0,4	10 942	+1,1	40 500	+1,9
Tabaksteuer	1 2 3 9	+2,1	4 789	-3,2	14 190	-2,9
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	184	+15,0	891	+3,9	2 0 6 0	+0,0
Versicherungsteuer	844	-0,4	7 357	+2,8	12 500	+3,8
Stromsteuer	495	-2,5	2870	+11,7	6 900	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	713	+18,6	4 027	+24,0	8 550	+0,6
Luftverkehrsteuer	77	-5,6	322	+2,3	1 010	+2,0
Kernbrennstoffsteuer	30	Х	382	Х	1 400	+97,7
Solidaritätszuschlag	1 139	+9,8	5 886	+6,6	15 600	+3,7
übrige Bundessteuern	124	-3,4	647	+2,6	1 453	+0,6
Bundessteuern insgesamt	8 154	+42,9	38 114	+12,4	104 163	+2,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	484	-7,8	2 781	+19,8	5 790	+6,2
Grunderwerbsteuer	824	+17,5	4 4 2 6	+15,8	10 220	+9,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	140	+4,4	720	-2,1	1 656	-1,0
Biersteuer	60	-11,6	263	-2,1	675	-1,4
sonstige Ländersteuern	27	+1,5	236	+1,2	416	+2,4
Ländersteuern insgesamt	1 535	+5,5	8 425	+14,1	18 757	+6,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	365	+5,0	2039	+16,4	4 900	+7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	351	+4,1	2518	+6,8	4 310	+7,4
BNE-Eigenmittel	1874	+7,0	12 434	+1,4	23 080	+2,9
EU-Eigenmittel insgesamt	2 589	+6,3	1 6 991	+3,8	32 290	+4,2
Bund ³	20 626	+21,3	101 299	+8,5	280 278	+3,5
Länder ³	19 133	+7,0	101 873	+4,6	262 602	+3,3
EU	2 589	+6,3	1 6 991	+3,8	32 290	+4,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 555	+11,0	15 139	+8,8	39 546	+6,8
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	44 9 03	+13, 3	235 3 02	+6,5	614 715	+3,7

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^{2}}$ Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

 $^{^3}$ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2015.

Steuereinnahmen im Mai 2015

aufkommen der Lohnsteuer im Mai 2015 um 9,4 %. Kumuliert von Januar bis Mai lagen die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen um 7,5 % über dem Vorjahreszeitraum.

Körperschaftsteuer

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer wird stark von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Im Mai 2015 lag das kassenmäßige Aufkommen bei geringem absolutem Betrag deutlich über dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Insbesondere die Erstattungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr. Kumuliert ging das Körperschaftsteueraufkommen in den ersten fünf Monaten um 9,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.

Veranlagte Einkommensteuer

Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer sank im traditionell aufkommensschwachen Monat Mai 2015 um 14,5 % gegenüber Mai 2014. Die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG verringerten sich um 8,0 %. Die Vorauszahlungen und Nachzahlungen für das aktuelle Jahr nahmen zu, während die Erstattungen insgesamt leicht zulegten. In kumulierter Betrachtung stieg das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer von Januar bis Mai um 9,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sank im Mai 2015 um 9,3 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern reduzierten sich um über mehr als die Hälfte (- 56,1%). Somit verblieb ein leichter Anstieg des Nettoaufkommens von 0,8 %. Kumuliert bis Mai 2015 ist ein Zuwachs von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge stiegen im Mai 2015 kräftig um 58,9 % gegenüber dem Vorjahr an. Die Mindereinnahmen vom Jahresanfang konnten mehr als aufgeholt werden. Kumuliert liegt das Steueraufkommen bis Mai 2015 nun um 8,7 % über dem Vorjahresniveau.

Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz nahmen im Mai 2015 um 6,0 % zu. Sowohl die Binnen-Umsatzsteuer mit + 5,9 % als auch die Einfuhrumsatzsteuer mit + 6,4 % konnten sich verbessern. Das Aufkommenswachstum steht im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hatten im 1. Quartal insbesondere die privaten Konsumausgaben zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Kumuliert bis Mai 2015 liegt das Aufkommen nunmehr um 3,3 % über dem Vorjahresniveau.

Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im Mai 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 42,9 %. Der Vergleich zum Vorjahr wird aber von der Kernbrennstoffsteuer stark überzeichnet. Denn im Mai 2014 erfolgte die Rückzahlung von 2,16 Mrd. € an die Energiekonzerne infolge eines Urteils des Finanzgerichts Hamburg. Der rechnerische Gegeneffekt wird im Dezember auftreten, da im Dezember 2014 nach BFH-Entscheidung ein Großteil des Steueraufkommens erneut vereinnahmt wurde. Die Einnahmen aus der Energiesteuer nahmen im Mai 2015 leicht um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr zu. In kumulierter Betrachtung ergibt sich ein Anstieg von 1,1%. Durch die Übernahme der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch den Zoll im 1. Halbjahr 2014 sowie

Steuereinnahmen im Mai 2015

die damit verbundenen temporären Einnahmenausfälle dürfte die aktuelle Entwicklung des Aufkommens von + 18,6 % noch etwas überzeichnet sein. Die Branntweinund Schaumweinsteuern legten mit + 15,0 % beziehungsweise + 16,5 % deutlich zu. Zudem konnte der Solidaritätszuschlag mit einem Plus von 9,8 %, als Zuschlagsteuer vom guten Ergebnis der Lohnsteuer profitieren. Bedingt durch die Sondereffekte bei der Kernbrennstoffsteuer sowie der Kraftfahrzeugsteuer ergibt sich bei den Bundessteuern kumuliert bis Mai 2015 ein Zuwachs von 12,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Mai 2015 einen Zuwachs von 5,5 %. Insbesondere die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer trugen mit einem Zuwachs von 17,5 % zu diesem Ergebnis bei. Dagegen war bei der Erbschaftsteuer ein Rückgang der Einnahmen von 7,8 % zu verzeichnen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 21. Mai 2015 in zweiter und dritter Lesung den Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 beschlossen, der voraussichtlich noch im Juni 2015 verkündet wird.

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Mai 2015 auf 124,5 Mrd. €. Sie liegen um 3,0 Mrd. € (-2,4 %) unter dem Ergebnis vom Mai 2014. Die günstige Entwicklung der Zinsausgaben (-2,4 Mrd. €) ist hier hauptausschlaggebend. Die im Mai 2014 letztmalig abgeflossene Rate der deutschen Beteiligung am Grundkapital des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Mrd. € verzerrt jedoch den unterjährigen Vergleich.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen bis einschließlich Mai übertrafen mit 113,5 Mrd. € das Ergebnis des Vorjahreszeitraums um 10,0 Mrd. € (+ 9,6 %). Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 100,6 Mrd. € und lagen um 7,8 Mrd. € (+ 8,5 %) über dem Ergebnis vom Mai 2014. Dieser hohe Anstieg gegenüber dem Mai des Vorjahres ergibt sich, weil die Vorjahresbasis aufgrund einer Auszahlung von Kernbrennstoffsteuer in Höhe von rund 2,2 Mrd. € stark geschwächt war. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 12,9 Mrd. € um 2,1 Mrd. € (+ 19,8 %) über dem Ergebnis vom Mai 2014.

Finanzierungssaldo

Bis einschließlich Mai 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 11,0 Mrd. €. Die Aussagekraft des Kapitalmarktsaldos zum derzeitigen Zeitpunkt ist gering. Die Kassenmittel unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Erst im fortgeschrittenen Jahresverlauf ist eine belastbare Aussage zum Finanzierungssaldo für das Gesamtjahr 2015 möglich.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015	Ist-Entwicklung ¹ Mai 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	301,6	124,5
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			-2,4
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	301,3	113,5
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+9,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	278,9	100,6
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+8,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-11,0
Finanzierung durch:	0,3	0,3	11,0
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	17,6
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo² (Mrd. €)	0,0	0,0	-6,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

¹Buchungsergebnisse.

²(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	st	S	oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	014	20	015	Januar bis Mai 2014	Januar bis Mai 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 498	22,0	29 432	26 236	-10,9
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6 418	2,1	2334	2 469	+5,8
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,8	12 778	12 649	-1,0
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 651	4,9	5 5 9 6	6 293	+12,4
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4210	1,4	1 586	1 632	+2,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	6 807	7 393	+8,6
Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	1217	1 595	+31,1
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10214	3,5	11 147	3,7	3 064	3 228	+5,4
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 338	50,8	68 129	69 318	+1,7
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,9	48 751	48 627	-0,3
Arbeitsmarktpolitik	32 510	11,0	33 294	11,0	13 359	14356	+7,5
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19725	6,7	20 100	6,7	8 635	8 768	+1,5
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4 900	1,6	1 629	2 391	+46,8
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7396	2,5	7914	2,6	3 130	3 372	+7,7
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 153	0,7	915	915	+0,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 041	0,7	578	620	+7,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 194	0,7	777	748	-3,7
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 643	0,5	726	677	-6,7
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	162	179	+10,1
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	1 968	1 906	-3,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	109	112	+2,2
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 305	1 230	-5,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	4 702	5 017	+6,7
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	2 151	2 171	+0,9
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4961	1,6	1 180	1 445	+22,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	34 436	11,4	15 185	13 237	-12,8
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	12 458	10 015	-19,6
Ausgaben zusammen	295 486	100,0	301 600	100,0	127 591	124 549	-2,4

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Į:	st	Sc	oll	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20)14	20	15	Januar bis Mai 2014	Januar bis Mai 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	271 865	90,1	116 116	116 977	+0,7
Personalausgaben	29 209	9,9	29 995	9,9	12 461	12 639	+1,4
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 747	7,2	8 963	8 999	+0,4
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	3 498	3 640	+4,1
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 455	8,1	7 823	7 873	+0,6
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	443	521	+17,6
Militärische Beschaffungen	8 814	3,0	9 568	3,2	2 632	2 3 3 2	-11,4
Sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 470	4,5	4748	5 020	+5,7
Zinsausgaben	25 916	8,8	23 145	7,7	12 458	10 015	-19,6
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 594	64,2	83 108	86 109	+3,6
an Verwaltungen	21 108	7,1	22916	7,6	7 197	8 710	+21,0
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 678	56,6	75 912	77 399	+2,0
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26 980	8,9	10310	10896	+5,7
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	12 270	12 543	+2,2
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,4	50 639	50 644	+0,0
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	266	341	+28,2
Investive Ausgaben	29 275	9,9	30 053	10,0	11 475	7 572	-34,0
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 218	7,4	9 590	5 830	-39,2
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 593	6,8	4909	5 3 2 3	+8,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	312	341	+9,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4416	1,5	71	0,0	4370	166	-96,2
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 836	2,6	1 885	1 742	-7,6
Baumaßnahmen	6 419	2,2	6 132	2,0	1 598	1 477	-7,6
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 217	0,4	270	244	-9,6
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	18	21	+16,7
Globalansätze	0	0,0	- 319	-0,1	0	0	х
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	301 600	100,0	127 591	124 549	-2,4

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Mai 2015

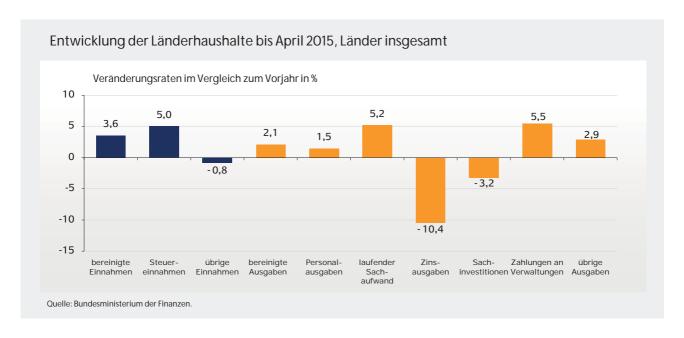
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

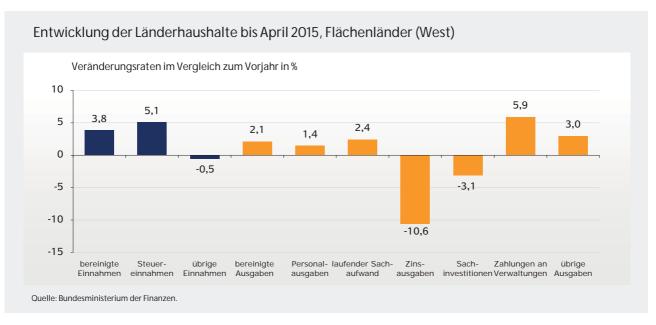
	ls	:t	Sc	oll	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	14	20	15	Januar bis Mai 2014	Januar bis Mai 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio. €	in%
I. Steuern	270 774	91,7	278 925	92,6	92 728	100 574	+8,5
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	228 592	75,9	83 536	87309	+4,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	117 450	39,0	38 628	41 176	+6,6
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 714	25,1	25 992	28 020	+7,8
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	20 634	6,8	5614	6125	+9,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 712	3,0	8 200	2,7	2 494	2 580	+3,4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 245	1,1	1 956	2 125	+8,6
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 400	3,5	2 572	2 3 2 5	-9,6
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	109 475	36,3	44 471	45 701	+2,8
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 667	0,6	437	432	-1,1
Energiesteuer	39 758	13,5	40 391	13,4	10 827	10 942	+1,1
Tabaksteuer	14612	5,0	14 190	4,7	4 947	4789	-3,2
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 600	5,2	5 523	5 886	+6,6
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12 500	4,1	7 159	7357	+2,8
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	2 569	2870	+11,7
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 550	2,8	3 248	4027	+24,0
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 400	0,5	-2 164	382	Х
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 062	0,7	858	892	+4,0
Kaffeesteuer	1016	0,3	1 020	0,3	429	443	+3,3
Luftverkehrsteuer	990	0,3	1 010	0,3	315	322	+2,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10 040	-3,3	-2 565	-2 360	-8,0
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 080	-7,7	-12 261	-12 434	+1,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	-2 358	-2518	+6,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-3 041	-3 041	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-4 496	-4 496	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 396	7,4	10 772	12 906	+19,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6913	2,3	6994	2,3	4244	4 495	+5,9
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	64	57	-10,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	648	1 272	+96,3
Einnahmen zusammen	295 147	100,0	301 320	100,0	103 500	113 481	+9,6

Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015

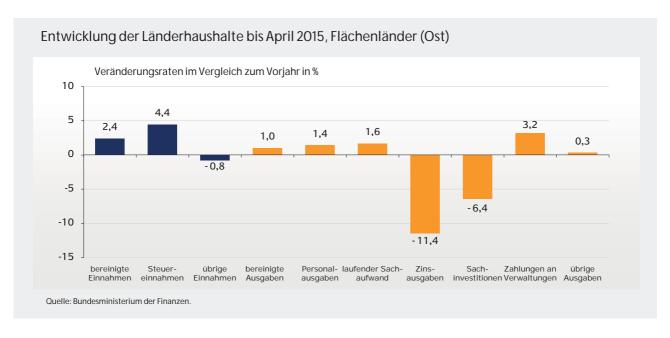
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015

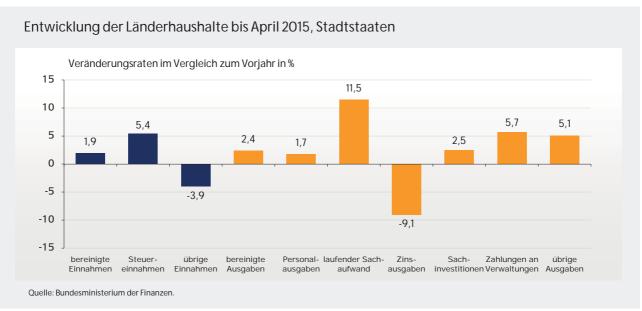
Das Finanzierungsdefizit der Länder betrug Ende April - 6,2 Mrd. € und fällt damit um rund 1,2 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2,1%, während die Einnahmen um 3,6 % zunahmen. Die Steuereinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 5,0 %.





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 1,29 % (0,86 % im April).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 0,49 % (0,37 % Ende April).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Mai auf - 0,012 % (- 0,005 % Ende April).

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 3. Juni 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 11 414 Punkte am 29. Mai (11 454 Punkte am 30. April). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 616 Punkten am 30. April auf 3 571 Punkte am 29. Mai.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April bei 5,3 % nach 4,6 % im März und 4,1 % im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von Februar bis April bei 4,7 %, verglichen mit 4,2 % in der Zeit von Januar bis März.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im April auf 0,0 % (- 0,2 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen

und Privatpersonen 1,68 % im April gegenüber 2,29 % im März.

Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

Von Januar bis Mai 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 92,7 Mrd. €. Hierzu wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 82,5 Mrd. € und inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 6,0 Mrd. € emittiert und am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 4,2 Mrd. € verkauft.

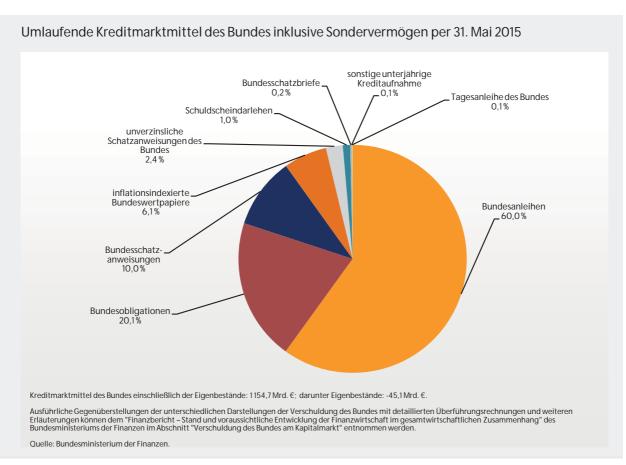
Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen in Höhe von 104,1 Mrd. € (davon 93,6 Mrd. € Tilgungen und 10,5 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 11,5 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

Die aufgenommenen Kredite wurden im Umfang von 91,8 Mrd. € für die Finanzierung des Bundeshaushalts und von 1,6 Mrd. € für die Finanzierung des Finanzmarktstabilisierungsfonds eingesetzt. Der Investitions- und Tilgungsfonds gab 0,7 Mrd. € Finanzierungen an den Bundeshaushalt und den Finanzmarktstabilisierungsfonds wieder ab.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-	-	-	-								-
Bundesanleihen	23,0	-	-	-	-								23,0
Bundesobligationen	-	17,0	-	19,0	-								36,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-								15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0	4,0	4,0	2,0								18,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1								0,3
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0								0,0
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-								-
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-	1,3	-	-								1,3
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0								0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0	20,3	23,1	2,1								93,6

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. \in

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5	-0,3	1,5	-0,1								10,5

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Neuemission	1. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN113749	Aufstockung	8. April 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	15. April 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	29. April 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Neuemission	6. Mai 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2015 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	13. Mai 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	27. Mai 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd €	2 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	3. Juni 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001104602 WKN110460	Aufstockung	10. Juni 2015	2 Jahre/fällig 16. Juni 2015 Zinslaufbeginn 8. Mai 2015 erster Zinstermin 16. Juni 2015	ca. 5 Mrd. €	-
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	17. Juni 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	ca. 3 Mrd. €	
			2. Quartal 2015 insgesamt	ca. 37 Mrd. €	

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119428 WKN 111942	Neuemission	13. April 2015	6 Monate/fällig 14. Oktober 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0009436 WKN 111943	Neuemission	27. April 2015	12 Monate/fällig 27. April 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011194444 WKN 111944	Neuemission	11. Mai 2015	6 Monate/fällig 11. November 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119541 WKN 111945	Neuemission	18. Mai 2015	12 Monate/fällig 16. Mai 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119469 WKN 111946	Neuemission	8. Juni 2015	6 Monate/fällig 9. Dezember 2015	2 Mrd. €	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119477 WKN 111947	Neuemission	29. Juni 2015	12 Monate/fällig 29. Juni 2016	1,5 Mrd. €	-
			2. Quartal 2015 insgesamt	ca. 10,5 Mrd. €	

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin/Termin der Syndizierung	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvorschau)	Volumen ¹ Ist
Inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag eines Monats außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €
davon im 2. Quartal					
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001030567 WKN 103056	Neuemission	7. April 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103567 WKN 103056	Aufstockung	12. Mai 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	1Mrd. €	1 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103055 WKN 103057	Syndikat	9. Juni 2015	30 Jahre/fällig 15. April 2046 Zinslaufbeginn 15. April 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	-	2,5 Mrd. €

 $^{^{1}} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Termine, Publikationen

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

25./26. Juni 2015	Europäischer Rat in Brüssel
13./14. Juli 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
4./5. September 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Ankara
11./12. September 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Luxemburg

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5. bis 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
1. Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
voraussichtlich 14. August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
voraussichtlich September bis Dezember 2015	Lesungen im Bundestag und Beratungen im Bundesrat

Termine, Publikationen

Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt	
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015	
August 2015	Juli 2015	20. August 2015	
September 2015	August 2015	21. September 2015	
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015	
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015	
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015	

 $^{^1} Nach \, Special \, Data \, Dissemination \, Standard \, (SDDS) \, des \, IWF, siehe \, http://dsbb.imf.org.$

Publikationen des BMF

Das BMF hat folgende Publikation neu herausgegeben:

G7: An morgen denken. Gemeinsam handeln.

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	60
1	Kreditmarktmittel	60
2	Gewährleistungen	61
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	
5	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten	
	in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015	67
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
0	Soll 2015	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015	
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
12	Entwicklung der Staatsquote	
13a 13b	Schulden der öffentlichen Haushalte	
14	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	
15	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen HaushalteInternationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	
	5	
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	91
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	91
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis April 2015	92
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2015	94

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$

Gesa	$amtwirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ {\tt Konjunkturkomponenten} \ des \ {\tt Bundes} \$	9 8
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	99
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	101
4	Bruttoinlandsprodukt	102
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	104
6	Kapitalstock und Investitionen	108
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	109
8	Preise und Löhne	110
Ken	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	112
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	112
2	Preisentwicklung	113
3	Außenwirtschaft	114
4	Einkommensverteilung	115
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	116
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	117
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	118
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	119
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	120
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu BIP,	
	Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	121
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	125
		0

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 30. April 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Mai 2015				
Glie	Gliederung nach Schuldenarten							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	70 000	1 000	-	71 000				
Bundesanleihen	687 405	5 000	-	692 405				
Bundesobligationen	228 000	4 000	-	232 000				
Bundesschatzbriefe	2 154	-	96	2 058				
Bundesschatzanweisungen	111 000	5 000	-	116 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	26 025	3 507	1 999	27 532				
Tagesanleihe des Bundes	1 149	0	9	1140				
Schuldscheindarlehen	11 971	-	-	11 971				
Sonstige unterjährige Kreditaufnahme	588	-	-	588				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 138 291			1 154 694				

	Stand: 30. April 2015		Stand: 31. Mai 2015
Gliederu	ıng nach Restlaufzeite	en	
Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	196 390		197 896
Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	353 279		358 184
Langfristig (mehr als 4 Jahre)	588 623		598 615
Kreditmarktmittel insgesamt	1 138 291		1 154 694

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. März 2015	Belegung am 31. März 2014				
Ermachtigungstatbestande		in Mrd. €					
Ausfuhren	160,0	133,5	135,1				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite	65,0	44,7	43,8				
FZ-Vorhaben	22,2	10,3	6,5				
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	158,0	103,7	108,2				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,4				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4				

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations				
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme		
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing		
		in Mio. €/€ m							
2015	Dezember	-	-	-	-	-	-		
	November	-	-	-	-	-	-		
	Oktober	-	-	-	-	-	-		
	September	-	-	-	-	-	-		
	August	-	-	-	-	-	-		
	Juli	-	-	-	-	-	-		
	Juni	-	-	-	-	-	-		
	Mai	124 549	113 481	-11 046	-17612	72	6 638		
	April	104 640	90 101	-14518	-34 653	- 28	20 106		
	März	81 483	68 011	-13 454	-28 180	- 105	14620		
	Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144		
	Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	-126	10 252		
2014	Dezember	295 486	295 147	-297	0	297	0		
2014	November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788		
		251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756		
	Oktober	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507		
	September	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579		
	August	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100		
	Juli	150 047	134 048	-15 973	-16 582	94	704		
	Juni					0			
	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25 388		1322		
	April	103 067	84896	-18 139	-28 185	-18	10 028		
	März	80 119	63 166	-16 936	-24101	-126	7 040		
	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	-178	5 179		
	Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534		
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072		
	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144		
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075		
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245		
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050		
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954		
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 367		
	Mai	128 869	103 903	-24 939	-22 699	64	-2 176		
	April	104 661	83 276	-21 371	-34642	- 58	13 213		
	März	79 772	60 452	-19 306	-24 193	- 107	4780		
	Februar	59 487	35 678	-23 786	-24082	-128	168		
	Januar	37510	17 690	-19 803	-23 157	- 132	3 222		

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS) Central Government Operations - Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münzein- nahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129 741	-18 231	-1 608	107	-16 515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24357	-123	- 250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		•	Central Government D)ebt		
	Kr	editmarktmittel, Glie	derung nach Restlaufz	reiten	Gewährleistungen	
		Outstanding debt				
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
		in M	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
2015 Dezember	-	-	-	-	-	
November	-	-	-	-	-	
Oktober	-	-	-	-	-	
September	-	-	-	-	-	
August	-	-	-	-	-	
Juli	-	-	-	-	-	
Juni	-	-	-	-	-	
Mai	197 896	358 174	598 615	1 154 694	-	
April	196 390	353 279	588 623	1 138 291	-	
März	182714	366 563	595 628	1 144 905	459	
Februar	186389	374708	589 632	1 150 729	-	
Januar	187 880	369 704	596 687	1 154 171	-	
2014 Dezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458	
November	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-	
Oktober	194120	368 692	596 722	1 158 934	-	
September	194113	363 965	597 130	1 155 207	459	
August	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	
Juli	198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	
Juni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	
Mai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	-	
April	203 663	370 577	570 976	1145216	-	
März	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	
Februar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	-	
Januar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	-	
2013 Dezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	
November	203 206	369 508	592 718	1 165 432	_	
Oktober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	_	
September	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
August	207 355	371 083	572 836	1 151 273	-	
Juli	207 948	366 074	562 859	1 136 882	_	
Juni	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
Mai	207 541	377 104	562 867	1 147 512	_	
April	204 592	372 173	551 886	1 128 651	_	
März	216 723	368 251	558 954	1 143 928	472	
Februar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	_	
Januar	219 615	357 434	554028	1 131 078		

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

		Central Government Debt					
	Kr	Kreditmarktmittel, Gliederung nach Restlaufzeiten					
		Outsta	nding debt		Gewährleistungen ¹		
	Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed		
	Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt			
		in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn		
2012 Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470		
November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-		
Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-		
September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508		
August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-		
Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-		
Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459		
Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-		
April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-		
März	214 444	351 945	545 695	1 112 084	454		
Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-		
Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-		
2011 Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378		
November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-		
Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-		
September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376		
August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-		
Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-		
Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361		
Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-		
April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-		
März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348		
Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-		
Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	-		

¹ Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll		
	Mrd.€							
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	301,6		
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	-4,0	+ 2,1		
2. Einnahmen ¹	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	301,3		
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+2,1		
darunter:								
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	278,9		
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,0		
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	-0,3		
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,1		
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos								
4. Bruttokreditaufnahme ² (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	201,8	182,1		
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	-1,5	6,6		
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7		
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0		
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3		
nachrichtlich:								
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,1		
Veränderung gegen Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+43,0	-7,8	- 12,6	+2,2		
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	3,0		

Abweichungen durch rundung der Zahlen möglich.

Stand: Juni 2015.

¹Gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 3 BHO.

 $^{^2\,} Nach\, Ber \ddot{u}ck sichtigung\, der\, Eigenbestandsver \ddot{a}nderung.$

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Ausgabeart			Ist			Soll	
			in Mi	in Mio. €			
Ausgaben der laufenden Rechnung							
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	29 209	29 995	
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 747	
ziviler Bereich	9 443	9274	9 289	9 599	9 9 9 7	11 241	
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506	
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248	
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2619	2 699	2 832	
militärischer Bereich	4 620	4682	4889	5018	5 229	5 4 1 7	
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	23 174	24 455	
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417	
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 8 1 4	9 5 6 8	
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 470	
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	
Sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	23 145	
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42	
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	23 103	
an Ausland	8	-0	-	-	0	0	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 308	193 594	
an Verwaltungen	14 114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 916	
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14133	16 030	
Gemeinden	17	12	8	8	5	6	
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 969	6 880	
Zweckverbände	1	1	1	0	0	0	
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 678	
Unternehmen	24212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 980	
Renten, Unterstützungen und Ähnliches an natürliche Personen	29 665	26718	26 307	27 055	28 029	28 770	
an Sozial versicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104719	106 761	
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	2 035	
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 075	6 043	6 131	
an Sonstige	3	2	2	5	5	2	
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	265 607	271 190	

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	
Ausgabeart			Ist			Soll	
	in Mio. €						
Ausgaben der Kapitalrechnung							
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 865	7 836	
Baumaßnahmen	6 242	5814	6 147	6 2 6 4	6 4 1 9	6 132	
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 217	
Grunderwerb	503	492	629	611	463	486	
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 575	21 269	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	15 524	14772	15 971	20 593	
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4854	8 481	
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4786	4 895	
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86	
Sondervermögen	-	-	581	-	0	3 501	
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9848	11 118	12 112	
Sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3	5886	7 035	
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077	
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676	
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676	
Unternehmen - Inland	0	260	4	7	5	30	
Sonstige - Inland	137	123	129	141	135	136	
Ausland	269	311	348	406	464	510	
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624	
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554	
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1	
Länder	1	1	1	0	0	1	
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553	
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156	
Ausland	1 587	1710	1 666	1 435	230	397	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10 304	8 778	4416	71	
Inland	13	0	0	91	72	71	
Ausland	797	788	10 304	8 687	4 3 4 3	C	
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	29 879	30 729	
darunter: Investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 275	30 053	
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 319	
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	295 486	301 600	

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	66 498	60 762	26 424	19 280	-	15 058
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	14 651	14 193	4 112	1 754	-	8 327
02	auswärtige Angelegenheiten	10 155	5 679	565	223	-	4 8 9 1
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1 1 1 1 0
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 509	4 081	2616	1 242	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4 210	4 0 7 4	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 757	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4 971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 147	8 882	507	881	-	7 495
19	übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 338	152 684	238	279	-	152 167
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	-	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	7 914	7 914	-	3	-	7 911
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 153	1 634	-	4	-	1 630
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	367	364	-	25	-	339
29	übrige Bereiche aus 2	7 505	7 489	202	174	-	7 114
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 041	1 255	380	492	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	162	146	-	17	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 194	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 643	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	-
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	4	-	-	-	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	_	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

Funktion	Augabanggunna	Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe	1 104	4.107		F 70/	F 717
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	auswärtige Angelegenheiten	128	3 951	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle	135	•	-	135	135
1	Angelegenheiten	118	3 467	-	3 585	3 585
13	Hochschulen	1	1014	-	1014	1014
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	-	5	-	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2149	-	2 264	2 264
19	übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	11	640	3	654	28
22	$Sozial versicherung\ einschließlich\ Arbeitslosen versicherung$	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und Ähnliches	-	0	-	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	übrige Bereiche aus 2	9	4	2	16	16
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 452	4	1 456	1 456
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	912	4	916	916
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	-	537	537
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	-	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	0	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7 610	1134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4 961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	übrige Bereiche aus 7	2159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	34 436	31 216	1 238	428	23 145	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9123	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	23 156	23 156	-	11	23 145	-
84	Beihilfen, Unterstützungenund Ähnliches	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	345	664	664	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	418	418	-	417	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	301 600	271 190	29 995	24 455	23 145	193 594

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4878	-	4878	4878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	3 538	-	3 538	3 538
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 500	-	3 500	3 500
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen und Ähnliches	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 836	21 269	1 624	30 729	30 053

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
cogonistana dei Maenweisung				Ist-Erge	bnisse				
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+ 7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	- 3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	-27,1	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	-0,4	- 27,1	-0,2	-0,7	-0,2	- 0,1	- (
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-	-	-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	2
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	-
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	1
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	5
öffentlichen Gesamthaushalts ¹ Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	2
_	WII U. E	+ 10,2	+ 11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+
Veränderung gegenüber Vorjahr Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	
Anteil an den investiven Ausgaben des		17,0	10,5	14,0	13,0	10,3	14,5	11,5	
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	3
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	19
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	4
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 3
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	1
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	13
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	5
nachrichtlich: Schuldenstand ¹									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1 210,9	1 48
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	90

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				Soll
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	301,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	- 2,4	3,6	0,3	- 4,0	2,
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	301,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	2,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 22,8	- 22,3	-0,3	- 0,:
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	30,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9	2,2	2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,
Anteil an den Personalausgaben des	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,
öffentlichen Gesamthaushalts¹ Zinsausgaben	Mrd.€	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	23,
Veränderung gegenüber Vorjahr	WII G. C	3,7	- 5,2	- 13,1	-0,9	- 7,1	2,7	- 17,2	- 10,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	7,
Anteil an den Zinsausgaben des									
öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	41,
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 7,2	11,5	-3,8	-2,7	43,1	- 7,8	- 12,6	2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	10,
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	36,
Steuereinnahmen ²	Mrd.€	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	278,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	41,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,
Anteil am Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts ¹	%	- 111,2	-38,0	- 55,9	- 67,0	-83,4	- 169,9	0,0	0,
nachrichtlich: Schuldenstand ¹									
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd.€	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

¹ Stand Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

² Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

³ Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabelle 9: E	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
--------------	--

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	679,2	716,5	717,4	772,3	774,7	780,4	792,7
Einnahmen	668,9	626,5	638,8	746,4	747,7	767,3	795,9
Finanzierungssaldo	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0	3,3
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5
Einnahmen	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1
Finanzierungssaldo	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	46,3	62,4	49,8	75,4	64,5	69,3	69,9
Einnahmen	40,4	41,7	43,0	80,6	65,1	77,8	72,5
Finanzierungssaldo	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5	2,7
Bund insgesamt ¹							
Ausgaben	317,4	338,5	340,9	357,0	354,0	351,3	346,5
Einnahmen	299,7	283,3	289,7	344,5	331,7	337,4	348,8
Finanzierungssaldo	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9	2,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7	319,3
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8	318,9
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9	-0,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	48,4	44,2	46,3	48,2
Einnahmen	-	-	-	48,0	44,8	48,0	49,8
Finanzierungssaldo	-	-	-	-0,4	0,6	1,7	1,6
Länder insgesamt ¹							
Ausgaben	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5	341,4
Einnahmen	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2	343,0
Finanzierungssaldo	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2	1,6
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6	205,1
Einnahmen	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3	205,3
Finanzierungssaldo	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7	0,2
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,7	4,9	5,1	16,4	17,1	11,4	17,6
Einnahmen	4,7	4,7	4,9	15,3	16,2	10,7	16,7
Finanzierungssaldo	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-1,8	-0,6	-0,9
Gemeinden insgesamt ¹							
Ausgaben	170,4	180,9	185,0	196,9	200,5	204,7	217,6
Einnahmen	178,8	173,1	177,9	194,8	202,3	205,8	217,0
Finanzierungssaldo	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,8	1,1	-0,7

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	4,6	5,5	0,1	7,7	0,3	0,7	1,6
Einnahmen	3,2	-6,3	2,0	16,8	0,2	2,6	3,7
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0
Einnahmen	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4
Extrahaushalte							
Ausgaben	13,7	34,9	-20,2	51,4	-14,4	7,5	0,8
Einnahmen	4,1	3,0	3,2	87,5	-19,3	19,5	-6,8
Bund insgesamt							
Ausgaben	4,8	6,7	0,7	4,7	-0,8	-0,8	-1,4
Einnahmen	4,7	-5,5	2,3	18,9	-3,7	1,7	3,4
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2	3,4
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5	4,0
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-8,7	4,7	4,2
Einnahmen	-	-	-	-	-6,7	7,0	3,8
Länder insgesamt							
Ausgaben	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5	3,6
Einnahmen	1,1	-5,8	2,6	15,8	2,2	4,3	4,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4	4,8
Einnahmen	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8	4,1
Extrahaushalte							
Ausgaben	1,9	5,1	2,8	224,7	3,9	-33,4	55,0
Einnahmen	0,4	-1,1	4,8	213,1	6,1	-33,9	55,6
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	4,0	6,1	2,3	6,4	1,8	2,1	6,3
Einnahmen	3,8	-3,2	2,8	9,5	3,8	1,7	5,4

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen.

Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

¹Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2015 .

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen					
			dav	on				
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr	in Mrd. € in %							
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990				
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4			
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7			
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2			
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7			
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4			
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2			
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5			
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7			
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2			
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3			
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1			
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0			
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7			
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9			
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6			
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5			
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3			
		Bundesrepublik	k Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1			
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0			
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8			
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7			
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2			
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8			
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6			
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0			
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1			

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4
2013	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3
2014	643,6	335,8	307,8	52,2	47,8
2015 ²	666,5	350,5	315,9	52,6	47,4
2016 ²	691,4	366,0	325,4	52,9	47,1
2017 ²	715,5	383,0	332,5	53,5	46,5
2018 ²	742,7	402,0	340,7	54,1	45,9
2019 ²	768,7	419,5	349,2	54,6	45,4

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2015.

² Steuerschätzung vom 5. bis 7. Mai 2015.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen ²	Abgrenzung der Finanzstatistik ³				
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote		
Jahr			in Relation z	rum BIP in %				
1960	33,4	23,0	10,3					
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0		
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7		
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4		
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9		
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4		
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9		
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4		
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8		
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3		
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6		
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8		
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4		
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7		
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4		
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2		
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9		
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6		
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6		
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8		
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4		
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2		
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7		
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9		
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9		
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6		
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3		
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2		
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3		
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3		
2014	39,3	22,7	16,6	37½	22	15,3		

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014;
 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote^{1, 2}

	Ausgaben des Staates							
laba.		darunte	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherung ³					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,0	28,5	17,5					
1992	47,0	28,3	18,7					
1993	47,8	28,5	19,4					
1994	47,9	28,4	19,5					
1995 ⁴	48,1	28,1	20,0					
1995	54,6	34,6	20,0					
1996	48,8	28,0	20,9					
1997	48,0	27,3	20,7					
1998	47,6	27,1	20,6					
1999	47,6	27,0	20,6					
2000 ⁵	47,1	26,5	20,6					
2000	44,7	24,1	20,6					
2001	46,9	26,3	20,6					
2002	47,3	26,2	21,0					
2003	47,8	26,4	21,4					
2004	46,3	25,7	20,6					
2005	46,1	25,9	20,2					
2006	44,6	25,3	19,3					
2007	42,7	24,3	18,4					
2008	43,5	25,0	18,4					
2009	47,4	27,1	20,4					
2010	47,2	27,5	19,7					
2011	44,6	25,8	18,8					
2012	44,2	25,4	18,8					
2013	44,3	25,4	19,0					
2014	44,0	24,9	19,0					

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.

² Ausgaben des Staats in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

^{2014:} vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $^{^5\,\}text{Ohne Erl\"{o}se}\,\text{aus}\,\text{der Versteigerung}\,\text{von}\,\text{Mobilfunkfrequenzen}.\,\text{In}\,\text{der Systematik}\,\text{der VGR}\,\,\text{wirken}\,\text{diese}\,\text{Erl\"{o}se}\,\text{ausgabensenkend}.$

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i.w.S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 533
Kreditmarktmittel i.w.S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 535
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346
Kreditmarktmittel i.w.S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7
Extrahaushalte		-	-	996	1 124	1 350	21 399
Kreditmarktmittel i.w.S.		-	-	986	1 124	1 3 2 5	20 827
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 863	113 810
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 039
Kreditmarktmittel i.w.S.	84 069	84257	83 804	81 877	79 239	76381	76 386
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 771
Kreditmarktmittel i.w.S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2724
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 555
Maastricht-Schuldenstand	1 401 119	1 470 880	1 541 779	1 589 664	1 599 443	1 666 405	1 784 125
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 530
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 498
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540
Investitions- und Tilgungsfonds	-	_		-	-	-	7 493

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			So	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	567
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	531
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-	-	-	531
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	36
Kreditmarktmittel i.w.S.	-	-	-	-		-	36
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteila	an den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3,5
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,0
nachrichtlich:							0,0
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69,0
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42,9
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40,4
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2,4
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21,4
Gemeinden	5	5	5	5	4	4	4,6
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26,1
Maastricht-Schuldenstand	63,2	64,9	67,1	66,5	63,7	65,1	72,6
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2217,1	2267,6	2297,8	2390,2	2510,1	2558,0	2456,
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

¹Kreditmarktschulden im weiteren Sinne zuzüglich Kassenkredite.

 ${\it Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik 1

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 918
in Relation zum BIP in %	78,1	75,0	75,2	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 257
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 249
Kassenkredite	16 256	7313	14338	20 008
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 482
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	3
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624915
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4 930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 540
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 116
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 903
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 846	9 2 1 3
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	ϵ
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte ⁴	32	88	38	33
Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 073 745	2 101 823	2 179 813	2 166 021
in Relation zum BIP in %	80,5	77,9	79,3	77,1
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner 30.06.	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

¹Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \,\, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2 \,} Einschließlich aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$

 $^{^3\,}Zweck verbände \,des\,Staatssektors\,unabhängig\,von\,der\,Art\,des\,Rechnungswesens.$

⁴ Nur Extrahaushalte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzun	g der Volkswirtscha	aftlichen Gesamt	trechungen ²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	า %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 ⁴	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	18,6	14,6	4,0	0,6	0,5	0,1	-5	0

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: Vorläufiges Ergebnis; Stand:September 2014.

^{2014:} Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2015.

³ Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2014: Schätzung. Bis 2011: Rechnungsergebnisse, 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise gel. Vermögensübertragungen.

 $^{^{\}rm 5}$ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land					in % des BIP				
	1995	2000²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,7	0,6	0,5
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	0,0	1,1	0,2	-0,2	-0,2	0,6	-0,2	-0,1
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,8	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,7	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2
Irland	-2,1	4,9	1,3	-32,5	-8,1	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,1	-0,8	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6
Litauen	-	-	-0,3	-6,9	-3,1	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,5	0,1	0,9	0,6	0,0	0,3
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2
Österreich	-6,1	-2,0	-2,5	-4,5	-2,2	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,6	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,6	-4,0	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5
Zypern	-0,7	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,7	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,2	-1,5	-2,6
Kroatien	-	-	-	-	-5,3	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7
Polen	-4,2	-3,0	-4,0	-7,6	-3,7	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-2,9	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-3,9	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,7	-8,3	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1
EU	-	-	-	-	-4,2	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP													
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016					
Deutschland	54,9	59,0	67,1	80,5	79,3	77,1	74,7	71,5	68,2					
Belgien	130,7	109,0	94,7	99,5	103,8	104,4	106,5	106,5	106,4					
Estland	-	5,1	4,5	6,5	9,7	10,1	10,6	10,3	9,8					
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	52,9	55,8	59,3	62,6	64,8					
Frankreich	55,8	58,7	67,2	81,7	89,6	92,3	95,0	96,4	97,0					
Griechenland	-	-	-	146,0	156,9	175,0	177,1	180,2	173,5					
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,2	109,7	107,1	103,8					
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	123,1	128,5	132,1	133,1	130,6					
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,0	37,3	40,4					
Litauen	11,5	23,6	17,6	36,2	39,8	38,8	40,9	41,7	37,3					
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,9	24,0	23,6	24,9	25,3					
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,4	69,2	68,0	67,2	65,4					
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	68,8	69,9	68,9					
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,5	80,9	84,5	87,0	85,8					
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	125,8	129,7	130,2	124,4	123,0					
Slowakei	21,7	49,6	33,8	40,9	52,1	54,6	53,6	53,4	53,5					
Slowenien	18,3	25,9	26,3	38,2	53,7	70,3	80,9	81,5	81,7					
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	97,7	100,4	101,4					
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	106,7	108,4					
Euroraum	-	-	-	83,9	91,1	93,2	94,2	94,0	92,5					
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,6	29,8	31,2					
Dänemark	-	52,4	37,4	42,9	45,6	45,0	45,2	39,5	39,2					
Kroatien	-	-	40,7	57,0	69,2	80,6	85,0	90,5	93,9					
Polen	47,6	36,5	46,7	53,6	54,4	55,7	50,1	50,9	50,8					
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	39,8	40,1	42,4					
Schweden	69,9	50,6	48,2	36,8	36,6	38,7	43,9	44,2	43,4					
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	44,6	45,0	42,6	41,5	41,6					
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	76,9	75,0	73,5					
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,6	76,4	85,8	87,3	89,4	89,9	90,1					
EU	-	-	-	78,5	85,1	87,3	88,6	88,0	86,9					
USA	104,7	104,9	104,8	104,7	102,9	104,7	104,8	104,9	104,7					
Japan	251,9	250,8	247,0	243,2	236,7	243,2	247,0	250,8	251,9					

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

Stand: Mai 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Lond				St	euern und S	ozialabgab	en in % des l	BIP				
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ^{2,3}	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4

 $^{^{1}} Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $^{^2} Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					G	esamtaus	gaben de	s Staates i	n % des Bl	P				
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	43,9	43,7	43,5
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,4	54,8	54,5	54,3	53,3	52,6
Estland	-	36,4	34,0	33,6	34,3	39,7	46,0	40,5	38,0	39,8	38,8	38,8	40,2	39,8
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,1	57,8	58,7	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,8	57,0	57,2	56,9	56,5
Griechenland	-	-	-	44,9	46,9	50,6	54,0	52,2	54,0	54,4	60,1	49,3	50,2	47,9
Irland	40,9	31,0	33,5	34,1	35,9	42,0	47,6	66,1	46,3	42,3	40,7	39,0	37,2	36,8
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,8	50,9	51,1	50,6	49,9
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,0	38,8	36,5	36,0	36,9	36,1	35,6
Litauen	-	-	34,1	34,3	35,2	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	34,9	33,9	33,4
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,1	44,0	42,3	43,5	43,6	44,0	44,4	43,8
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,4	42,3	43,8	44,3	42,4
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	46,6	46,5	45,7
Österreich	55,5	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,8	50,9	50,9	52,3	52,0	51,2
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,0	48,0	47,2
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,7	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	41,8	42,4	40,1
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,3	50,0	48,6	59,9	49,8	47,7	46,2
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,6	42,4	41,4
Zypern	30,8	34,5	39,7	39,1	38,1	38,9	42,6	42,5	42,8	42,1	41,4	49,1	40,7	39,6
Bulgarien	41,3	40,3	37,3	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	39,2	39,3	39,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,8	58,8	57,1	57,2	56,3	54,9
Kroatien	_	-	-	-	-	-	-	-	48,5	47,0	47,7	48,0	48,3	48,6
Polen	47,7	42,0	44,4	44,7	43,1	44,4	45,2	45,9	43,9	42,9	42,2	41,8	41,7	41,3
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,1	36,4	35,2	34,9	34,7	34,3
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,3	53,0	52,7	52,3
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,4	43,8	41,9	42,0	42,0	40,8
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,8	49,9	48,7	49,8	50,1	49,2	46,0
Vereinigtes Königreich	41,9	38,0	42,9	43,0	42,9	46,6	49,7	48,7	46,9	47,0	45,5	44,4	43,2	41,9
Euroraum	_	-	-	46,0	45,3	46,5	50,6	50,4	49,0	49,5	49,4	49,0	48,6	48,0
EU-28	-	-	-	-	-	-	-	-	48,5	49,0	48,6	48,1	47,4	46,7
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,2	37,6	37,3
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	41,8	42,3	42,7	42,4	41,8

Quelle: EU-Kommission, "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: Mai 2015.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014			EU-Hau	shalt 2015	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	igen	Verpflich	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

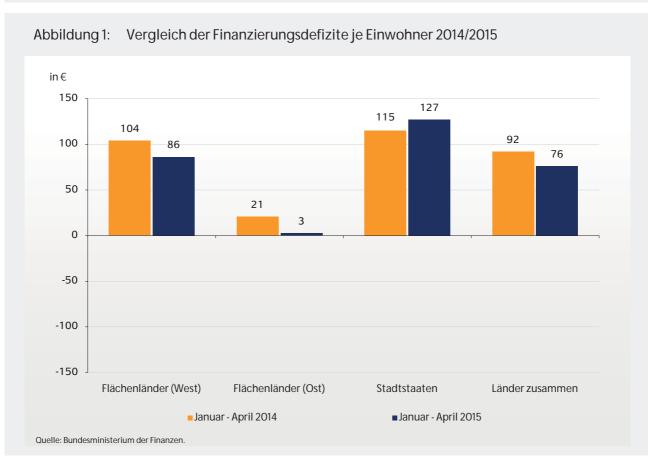
	Differe	nz in %	Different	z in Mio. €
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	12	13
Rubrik				
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	- 445,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2015 im Vergleich zum Jahressoll 2015

	Flächenlän	der (West)	Flächenlä	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu:	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	231 419	73 394	54 031	16 996	40 148	12 658	318 378	100 80
darunter:								
Steuereinnahmen	181 736	57 749	32 477	10 502	25 296	8 164	239 509	76 41
übrige Einnahmen	49 683	15 645	21 554	6 493	14852	4 493	78 869	2438
Bereinigte Ausgaben	238 060	78 802	55 060	17 029	40 674	13 404	326 574	106 99
darunter:								
Personalausgaben	92 560	31 692	13 772	4 499	13 046	4306	119379	40 49
laufender Sachaufwand	15717	4704	4121	1 184	9 353	2 996	29 191	8 8 8
Zinsausgaben	11 366	4979	2 160	808	3 530	1 169	17 057	6 9 5
Sachinvestitionen	4 4 4 4 8	786	1 652	255	641	143	6740	118
Zahlungen an Verwaltungen	72 768	22 778	19370	6 3 7 8	1 332	256	86 249	27 16
übrige Ausgaben	41 201	13 862	13 985	3 905	12 772	4535	67 958	22 30
Finanzierungssaldo	-6 641	-5 408	-1029	- 33	- 526	- 746	-8 196	-6 18



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2015

			A . 'I 0014			in Mio. €			A 'I 001E	
Lfd.			April 2014			März 2015			April 2015	
Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	84 896	97 345	175 731	68 011	80 257	142 846	90 101	100 802	183 120
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	84276	92 864	177 139	66 725	77 646	144371	88 759	96 851	185 610
111	Steuereinnahmen	76 290	72 758	149 047	60 084	60 944	121 027	80416	76 415	156 83
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	886	16310	17 197	647	13 752	14399	879	16 796	17 67
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	865	865	-	726	726	-	726	726
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	621	4482	5 102	1 286	2 610	3 896	1 342	3 952	5 293
121	Veräußerungserlöse	154	733	887	850	54	904	899	113	1 012
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	93	664	756	750	6	756	790	53	843
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	185	2326	2512	179	1 418	1 596	195	2 233	2 428
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	103 067	104 778	201 334	81 483	82 956	159 017	104 640	106 990	203 85
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	97 125	97 409	194533	76 862	77 355	154217	97 986	99 693	197 679
211	Personalausgaben	10 157	39 909	50 066	8 124	31 162	39 286	10526	40 498	51 02
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 071	12 148	15219	2 500	9 772	12 272	3 193	12 701	15 89
212	Laufender Sachaufwand	5 778	8 446	14224	4313	6 605	10917	6037	8 8 8 4	1492
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 579	5 749	9328	2874	4 480	7354	3 906	5 944	9 850
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	12386	7 7 6 8	20 154	8 998	5 503	14501	9730	6 9 5 6	16 68
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5816	23 089	28 905	5 561	19674	25 235	7 507	24657	32 16
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	192	192	-	247	247	-	331	33
2142	Zuweisungen an Gemeinden	3	21 365	21 368	2	18 217	18 219	2	22 682	22 68
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	5 9 4 2	7370	13 312	4621	5 602	10 222	6 654	7 296	13 95
221	Sachinvestitionen	1 298	1 223	2 5 2 0	874	814	1 687	1 287	1 183	2 470
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 541	2 673	4214	915	2 200	3 115	1 609	2510	411
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	5 704	7018	12 722	4381	5 3 8 9	9770	6337	7 072	13 40

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2015

						in Mio. €				
			April 2014			März 2015			April 2015	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-18 140 ²	-7 433	-25 572	-13 454 ²	-2 700	-16 154	-14 518 ²	-6 187	-20 706
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	66 507	23 129	89 636	46 862	17 002	63 864	62 457	24118	86 575
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	76 535	43 792	120327	61 482	36 223	97 705	82 563	44 895	127 457
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-10028	-20 662	-30 691	-14620	-19 222	-33 842	-20106	-20 776	-40 882
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	9 2 8 7	9 151	18 437	2 470	12 747	15 218	9 9 4 6	15 502	25 448
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	17 585	17 585	-	15 888	15 888	-	17 863	17 863
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-9 285	-11 147	-20 432	1	-6 563	-6 562	-9 945	-11 403	-21 348

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende	12 961	16 378	3 238	7 279	2 379	9 039	19 255	4 389	1 126
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechung	12 605	15 837	3 061	7 073	2 125	8 715	18 516	4174	1 102
111	Steuereinnahmen	9 904	13 065	2 025	5 792	1 355	7 073 4	15 312	2 985	899
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 114	1 488	793	882	645	1 089	2 399	881	151
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	53	-	-	36	37	26	15
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	120	-	152	136	125	93	43
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	355	541	177	206	254	324	739	215	24
121	Veräußerungserlöse	0	0	2	7	3	2	6	60	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	1	-	47	4
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	286	426	66	128	68	265	323	67	15
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	13 876	16 423 a	3 366	8 076	2 375	9 131	21 418	5 413	1 454
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	13 021	15 202 a	3 028	7 645	2 175	8 744	19 773	5 001	1 377
211	Personalausgaben	6 055	7 433	919	2 897	603	3 590 ²	7 471 ²	2 250	565
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 122	2 288	101	1 015	49	1 256	2 740	777	232
212	Laufender Sachaufwand	596	1 2 1 0	180	567	151	491	1 245	356	55
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	544	966	156	463	132	433	910	297	48
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	837	452 b	124	663	106	592	1 449	444	256
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 445	4 543	1 248	2 342	850	2 585	5 790	1 239	219
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	621	1 649	-	735	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 794	2 851	1 066	1 498	731	2 469	5713	1214	214
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	855	1 221	339	431	200	387	1 646	412	77
221	Sachinvestitionen	184	340	11	116	47	41	63	14	9
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	391	489	98	206	78	92	644	114	11
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	841	1 166	339	421	200	387	1 564	393	71

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 915	- 45 °	- 129	- 797	4	- 93	-2 163	-1 023	- 328
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 593	1 020	1 225	2317	334	609	3 890	1 671	172
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	10 748	2 446 ^d	3 280	2 191	500	2 922	8 186	2 566	625
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-6 155	-1 426 ^e	-2 055	126	- 166	-2 313	-4296	- 895	- 454
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	150	550	4580	150	-	815	18	175
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 204	1 032	72	1 455	735	3 051	3 173	2	532
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 68	0	-1519	784	747	-87	-1 212	62	- 249

 $^{^1} In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"{a}n dern\, im\, L\"{a}n der finanzausgleich.$

² Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 199,9 Mio. €, b 199,0 Mio. €, c -199,9 Mio. €, d 1.098,0 Mio. €, e -1.098,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,03 Mio. €.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2015

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen ¹								
1	für das laufende Haushaltsjahr	5 275	3 118	3 397	2 986	7 728	1 331	3 599	100 802
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4 919	2856	3 312	2873	7 494	1 295	3 567	96 851
111	Steuereinnahmen	3 354	1 807	2 719	1 962	4580	731	2 853	76 415
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1358	877	407	752	2 234	408	319	16796
1121	darunter: Allgemeine BEZ	96	56	16	50	293	49	-	726
1122	Länderfinanzausgleich ¹	333	194	33	172	1 003	236	36	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	356	262	85	113	233	36	32	3 952
121	Veräußerungserlöse	0	1	1	2	21	0	3	113
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	1	1	0	-	-	53
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	239	100	47	94	74	27	10	2 233
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	4 914	3 426	3 441	2 948	7 898	1 692	3 814	106 990
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4 458	3 174	3 341	2 773	7 440	1 594	3 624	99 693
211	Personalausgaben	1 374	798	1 431	805	2711	512	1 083	40 498
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	103	80	532	68	743	177	419	12 701
212	Laufender Sachaufwand	310	359	185	184	1 892	279	825	8 884
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	225	93	156	126	764	125	505	5 944
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	107	245	288	227	685	226	259	6 9 5 6
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 677	1 082	1 062	1 056	112	72	10	24657
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	331
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 404	808	997	914	1	7	-	22 682
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	456	252	100	175	458	98	190	7 296
221	Sachinvestitionen	124	33	19	40	77	13	53	1 183
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	155	104	34	29	31	32	0	2510
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	456	252	99	175	422	96	190	7 072

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2015

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	361	- 308	- 44	38	- 171	- 361	- 215	-6 187	
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 338	1 019	52	2 087	976	1816	24118	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	210	932	2 066	693	4823	663	2 043	44 895	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 210	1 406	-1 047	- 641	-2 735	313	-228	-20776	
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	475	4 659	-	-	1 708	1774	450	15 502	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4733	81	-	330	546	612	304	17 863	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-4 640	-1 083	-431	-1 699	-1 565	- 443	-11 403	

 $^{^1}$ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Ohne Mai-Bezüge.

 $^{^3}$ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 199,9 Mio. €, b 199,0 Mio. €, c -199,9 Mio. €, d 1.098,0 Mio. €, e -1.098,0 Mio. €.

⁴ NI – Einschließlich Steuereinnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im niedersächsischen Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,03 Mio. €.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten des Bundes

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 22. April 2015

Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.¹ Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke² sowie auf methodischen Erweiterungen und Aktualisierungen des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.3
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahrsprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung.

¹https://circabc.europa.eu/

² s. a. Girouard und André (2005): "Measuring cyclicallyadjusted budget balances for OECD countries", OECD Economics Department Working Papers 434.

³ s. a. Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): The cyclically-adjusted budget balance used in the EU fiscal framework: an update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

 Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des BIP vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist – neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen – eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine in wirtschaftlich guten wie schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.⁴

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente ¹
		in Mrd. € (nominal)		buugetsemiesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2016	3 123,1	3 115,3	-7,8	0,205	-1,6
2017	3 223,7	3 215,1	-8,6	0,205	-1,8
2018	3 323,5	3 3 1 8, 1	-5,4	0,205	-1,1
2019	3 424,4	3 424,4	0,0	0,205	0,0

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

⁴ https://www.bundesfinanzministerium.de/ Content/DE/Monatsberichte/Standardartikel_ Migration/2011/02/analysen-und-berichte/ b03-konjunkturkomponente-des-bundes/ Konjunkturkomponente-des-Bundes.html

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken				
	preisbe	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	non	ninal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 505,5		860,2		34,5	2,3	19,7	2,3	
1981	1 539,1	+2,2	916,1	+6,5	9,0	0,6	5,4	0,6	
1982	1 570,5	+2,0	977,6	+6,7	-28,5	-1,8	-17,7	-1,8	
1983	1 602,3	+2,0	1 025,4	+4,9	-36,0	-2,2	-23,1	-2,2	
1984	1 635,3	+2,1	1 067,3	+4,1	-24,8	-1,5	-16,2	-1,5	
1985	1 669,2	+2,1	1 112,6	+4,2	-21,2	-1,3	-14,1	-1,3	
1986	1 706,7	+2,2	1 171,7	+5,3	-21,1	-1,2	-14,5	-1,2	
1987	1 746,3	+2,3	1 214,2	+3,6	-37,0	-2,1	-25,7	-2,1	
1988	1 789,4	+2,5	1 265,2	+4,2	-16,7	-0,9	-11,8	-0,9	
1989	1 838,9	+2,8	1 337,7	+5,7	2,8	0,2	2,1	0,2	
1990	1 893,4	+3,0	1 424,1	+6,5	45,1	2,4	33,9	2,4	
1991	1 951,3	+3,1	1 512,9	+6,2	86,3	4,4	66,9	4,4	
1992	2 010,2	+3,0	1 641,1	+8,5	66,4	3,3	54,2	3,3	
1993	2 063,1	+2,6	1 753,8	+6,9	-6,2	-0,3	-5,3	-0,3	
1994	2 106,6	+2,1	1 829,6	+4,3	0,7	0,0	0,6	0,0	
1995	2 144,8	+1,8	1 899,5	+3,8	-1,6	-0,1	-1,5	-0,1	
1996	2 180,0	+1,6	1 942,6	+2,3	-20,1	-0,9	-17,9	-0,9	
1997	2 213,3	+1,5	1 977,1	+1,8	-14,0	-0,6	-12,5	-0,6	
1998	2 246,4	+1,5	2 018,6	+2,1	-3,8	-0,2	-3,4	-0,2	
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,3	0,2	4,8	0,2	
2000	2 318,8	+1,6	2 080,7	+1,1	36,6	1,6	32,8	1,6	
2001	2 355,7	+1,6	2 140,7	+2,9	39,7	1,7	36,1	1,7	
2002	2 390,4	+1,5	2 201,5	+2,8	5,2	0,2	4,8	0,2	
2003	2 422,0	+1,3	2 257,7	+2,6	-43,7	-1,8	-40,7	-1,8	
2004	2 453,4	+1,3	2 311,8	+2,4	-46,9	-1,9	-44,2	-1,9	
2005	2 484,6	+1,3	2 355,8	+1,9	-61,1	-2,5	-58,0	-2,5	
2006	2 517,0	+1,3	2 393,6	+1,6	-3,6	-0,1	-3,4	-0,1	
2007	2 548,2	+1,2	2 464,3	+3,0	47,4	1,9	45,8	1,9	
2008	2 575,5	+1,1	2 511,9	+1,9	47,3	1,8	46,1	1,8	
2009	2 594,1	+0,7	2 574,9	+2,5	-119,2	-4,6	-118,3	-4,6	
2010	2 615,0	+0,8	2 615,0	+1,6	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5	
2011	2 642,0	+1,0	2 672,1	+2,2	26,7	1,0	27,0	1,0	
2012	2 674,3	+1,2	2 745,3	+2,7	4,5	0,2	4,6	0,2	
2013	2 709,7	+1,3	2 838,9	+3,4	-28,1	-1,0	-29,4	-1,0	
2014	2 749,1	+1,5	2 929,9	+3,2	-24,5	-0,9	-26,1	-0,9	
2015	2 789,5	+1,5	3 032,5	+3,5	-15,6	-0,6	-16,9	-0,6	
2016	2 829,5	+1,4	3 123,1	+3,0	-7,1	-0,3	-7,8	-0,3	
2017	2 867,4	+1,3	3 223,7	+3,2	-7,7	-0,3	-8,6	-0,3	
2018	2 902,3	+1,2	3 323,5	+3,1	-4,7	-0,2	-5,4	-0,2	
2019	2 935,9	+1,2	3 424,4	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

 $Ge samt wirts chaft I iches Produktions potenzial \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % gegenüber Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,2	1,0	0,1	1,1
1982	+2,0	1,0	0,0	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	0,0	0,8
1989	+2,8	1,8	0,1	0,9
1990	+3,0	1,9	0,2	0,9
1991	+3,1	1,8	0,2	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,7	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,5	0,4	0,4
2013	+1,3	0,5	0,5	0,4
2014	+1,5	0,5	0,6	0,4
2015	+1,5	0,6	0,5	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,1	0,4
2019	+1,2	0,8	0,0	0,4

 $^{^{1}} Abweichungen \ des \ ausgewiesen en \ Potenzial wachstums \ von \ der \ Summe \ der \ Wachstums beiträge \ sind \ rundungsbedingt.$

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisber	einigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
1960	750,2		171,7	
961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1 316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbe	reinigt ¹	nom	inal
	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr	in Mrd. €	in % gegenüber Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 724,6	+1,6	2 903,8	+3,4
2015	2 773,9	+1,8	3 015,6	+3,8
2016	2 822,5	+1,8	3 115,3	+3,3
2017	2 859,8	+1,3	3 215,1	+3,2
2018	2 897,6	+1,3	3 3 1 8, 1	+3,2
2019	2 935,9	+1,3	3 424,4	+3,2

¹Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa ⁻	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
960	53 556			61,2	32 340	
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56 913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34 024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
	58 644					
1982 1983	58 751	+0,4	61,5	61,4	33 802 33 494	-0,8
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0			34 257	+1,4
			63,8	64,0		
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754 60 217	+0,6	66,8	67,2	37 733 38 790	+3,2
1991	60 845	+0,8	67,0 67,0	68,0	38 790	+2,8
				67,1		-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786 37 798	-1,3
1994 1995	61 780	+0,5 +0,3	66,9	66,5 66,4	37 798	+0,0
1996	62 092	+0,3	67,0	66,7	37 958	+0,4
1997	62 134	+0,1	67,3	67,1	37 947	-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipat	ionsraten			
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland	
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39917	+2,3	
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3	
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4	
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1	
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3	
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0	
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8	
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7	
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3	
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1	
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3	
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3	
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1	
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6	
2014	61 906	-0,0	72,3	72,3	42 652	+0,9	
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 952	+0,7	
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	43 082	+0,3	
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 138	+0,1	
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 194	+0,1	
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 250	+0,1	
2020	60 989	-0,2	73,9	73,8			
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1			
2022	60 736	-0,3	74,4	74,4			

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Arbeitszeit je Erwerbstätigem, Arbeitsstunden				Arbeitnehmer, Inland		Erwerbslose, Inländer	
	Trend		Tatsächlich beziehungsweise prognostiziert				in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	IVAVVKU
1960			2 167		25 152		1,4	
1961			2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9	
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8	
1963			2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0	
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9	
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7	
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8	
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5
1974	1 847	-1,3	1837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0
1976	1 807	-1,0	1813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2
1979	1 759	-0,9	1764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2
1981	1 729	-0,9	1724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0
1988	1612	-1,0	1619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,3
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34 675	-1,6	6,3	7,3
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,4
1994	1 534	-0,7	1 537	-0,3	34052	-0,2	8,0	7,5
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34115	-0,1	8,4	7,7
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,8
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	ner, Inland	Erwerbslos	e, Inländer
Jahr	Tre	end		ziehungsweise ostiziert			in % der Erwerbs-	NAWRU ²
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen	NAWKO
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,3
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,3
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,1
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36 353	+1,6	6,9	7,3
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	7,0
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1
2012	1 3 7 8	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,6
2013	1 374	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,2
2014	1 372	-0,1	1 371	+0,6	38 247	+1,1	4,7	4,8
2015	1 371	-0,0	1 373	+0,2	38 573	+0,9	4,5	4,3
2016	1 372	+0,0	1 374	+0,1	38 681	+0,3	4,5	3,9
2017	1372	+0,0	1 374	-0,0	38 719	+0,1	4,3	3,7
2018	1372	+0,0	1 373	-0,0	38 758	+0,1	4,0	3,7
2019	1372	-0,0	1 373	-0,0	38 797	+0,1	3,7	3,7
2020	1372	-0,0	1 372	-0,0				
2021	1372	-0,0	1 371	-0,0				
2022	1 371	-0,0	1 371	-0,0				

 $^{^112.\} koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamts;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$

² Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,
1989	9 3 7 3, 5	+2,5	391,1	+7,2	1,
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,
1993	10 531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,
1994	10 824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,
2009	14379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,
2010	14528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,
2011	14691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,
2012	14861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,
2014	15 187,6	+1,1	545,3	+3,4	2,
2015	15 360,7	+1,1	557,4	+2,2	2,
2016	15 535,6	+1,1	574,6	+3,1	2,
2017	15 720,9	+1,2	585,1	+1,8	2,
2018	15 915,4	+1,2	595,9	+1,8	2,
2019	16 115,9	+1,3	606,9	+1,8	2,

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4269
1981	-7,4149	-7,4172
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3834
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3411
1988	-7,3329	-7,3244
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2883
1991	-7,2451	-7,2701
1992	-7,2332	-7,2533
1993	-7,2350	-7,2385
1994	-7,2187	-7,2253
1995	-7,2100	-7,2138
1996	-7,2037	-7,2033
1997	-7,1888	-7,1931
1998	-7,1826	-7,1831
1999	-7,1751	-7,1728
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1519
2002	-7,1396	-7,1425
2003	-7,1424	-7,1343
2004	-7,1367	-7,1269
2005	-7,1291	-7,1200
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1026
2009	-7,1349	-7,0987
2010	-7,1085	-7,0941
2011	-7,0873	-7,0895
2012	-7,0859	-7,0850
2013	-7,0869	-7,0802
2014	-7,0845	-7,0751
2015	-7,0761	-7,0693
2016	-7,0653	-7,0629
2017	-7,0568	-7,0560
2018	-7,0485	-7,0488
2019	-7,0403	-7,0412

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1960	22,9		26,3		83,5		
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8
2014	106,6	+1,7	105,7	+0,9	1 478,8	+3,7
2015	108,7	+2,0	106,3	+0,5	1 534,9	+3,8
2016	110,4	+1,5	107,7	+1,4	1 579,0	+2,9
2017	112,4	+1,9	109,7	+1,9	1 626,9	+3,0
2018	114,5	+1,9	111,8	+1,9	1 676,6	+3,1
2019	116,6	+1,9	113,9	+1,9	1 727,3	+3,0

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	rwerbslose Erwerbslosen- quote ³		je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,6	+0,8	54,2	2,1	4,7	+1,6	+0,8	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	+1,1	+1,1	19,7

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,2010.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			١	/eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,4	+1,7	+1,2	+1,3	+0,9	+0,9	+1,7
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,6	+1,5	-1,5	+1,2

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, eigene \, Berechnungen.$

 $^{^2} Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	rd.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,5	+1,9	186,5	228,8	45,6	39,2	6,4	7,9
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,3	+7,1	149,4	181,5	+43,7	38,2	5,5	6,7

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno unbereinigt ¹	quote bereinigt²	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	ì.	in		Veränderung in % p. a.		
1991				70,0	70,0			
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2	
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9	
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9	
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6	
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5	
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5	
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5	
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4	
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5	
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7	
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1	
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5	
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1	
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3	
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3	
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6	
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1	
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5	
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9	
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5	
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1	
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6	
2014	+3,9	+4,1	+3,8	67,9	68,8	+2,7	+1,5	
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5	
2014/09	+3,7	+4,0	+3,5	+67,5	68,7	+2,7	+1,1	

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

 $\label{thm:Quellen:Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.}$

 $^{^{\}rm 2}$ Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

	jährliche Veränderungen in %										
Land -	1005	2000	2005	•			2014	2015	2016		
5	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016		
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,6	1,9	2,0		
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,5		
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	2,1	2,3	2,9		
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,4	-1,3	-0,1	0,3	1,0		
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,1	1,7		
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	0,8	0,5	2,9		
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,6	3,5		
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,8	-1,7	-0,4	0,6	1,4		
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,4	2,3	3,2		
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	2,9	2,8	3,3		
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,1	3,4	3,5		
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,7	3,5	3,6	3,2		
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,9	1,6	1,7		
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,3	0,8	1,5		
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-4,0	-1,6	0,9	1,6	1,8		
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	3,0	3,4		
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	2,3	2,1		
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,8	2,6		
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,3	-0,5	1,4		
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,8	-0,4	0,9	1,5	1,9		
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,7	1,0	1,3		
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	1,1	1,8	2,1		
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,4	0,3	1,2		
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,4	3,3	3,4		
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	2,8	2,8	3,3		
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	2,1	2,5	2,8		
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,0	2,5	2,6		
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,6	2,8	2,2		
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,8	2,6	2,4		
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,5	0,0	1,4	1,8	2,1		
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,1	3,0		
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,0	1,1	1,4		

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

l d			jährliche Verä	nderung in %		
Land	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,3	+1,8
Belgien	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3
Estland	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9
Finnland	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3
Frankreich	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8
Irland	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5
Italien	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	+0,2	+1,8
Lettland	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2
Litauen	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7
Luxemburg	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1
Malta	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9
Niederlande	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3
Österreich	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9
Portugal	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3
Slowakei	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4
Slowenien	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7
Spanien	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1
Zypern	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9
Euroraum	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	+0,1	+1,5
Bulgarien	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7
Kroatien	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3
Polen	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1
Rumänien	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9
Schweden	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4
Ungarn	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5
Vereinigtes Königreich	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+0,4	+1,6
EU	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,1	+1,5
USA	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	+0,4	+2,2
Japan	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,5	+0,9

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,6	4,4
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,4	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,4	6,2	5,8
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,1	9,0
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,3	10,0
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,5	25,4	23,2
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,3	9,6	9,2
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,1	12,7	12,4	12,4
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	10,8	10,4	9,4
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	10,7	9,9	9,1
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	5,9	5,7	5,4
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	5,9	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,8	7,3	7,4	7,1	6,9
Österreich	4,2	3,9	5,6	4,8	4,9	5,4	5,6	5,8	5,7
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,1	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,2	12,1	10,8
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,7	9,4	9,2
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,5	22,4	20,5
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,1	16,2	15,2
Euroraum	-	8,9	9,1	10,2	11,4	12,0	11,6	11,0	10,5
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,4	10,4	9,8
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,2	5,9
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,0	17,3	17,3	17,0	16,6
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,0	8,4	7,9
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	6,8	6,6	6,4
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,9	7,7	7,6
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	5,6	5,5
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	6,8	6,0
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,1	5,4	5,3
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,9	10,2	9,6	9,2
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	5,0
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,6	3,6	3,5

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Frühjahrsrprognose, Mai 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz				
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	i	
	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	2013	2014	2015 ¹	2016 ¹	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+2,2	+1,0	-2,6	+0,3	+6,4	+8,1	+16,8	+9,4	0,6	2,2	2,5	3,	
darunter													
Russische Föderation	+1,3	+0,6	-3,8	-1,1	+6,8	+7,8	+17,9	+9,8	1,6	3,1	5,4	6,3	
Ukraine	+0,0	-6,8	-5,5	+2,0	-0,3	+12,1	+33,5	+10,6	-9,2	-4,0	-1,4	-1,3	
Asien	+7,0	+6,8	+6,6	+6,4	+4,8	+3,5	+3,0	+3,1	1,0	1,3	2,1	2,0	
darunter													
China	+7,8	+7,4	+6,8	+6,3	+2,6	+2,0	+1,2	+1,5	1,9	2,0	3,2	3,	
Indien	+6,9	+7,2	+7,5	+7,5	+10,0	+6,0	+6,1	+5,7	-1,7	-1,4	-1,3	-1,0	
Indonesien	+5,6	+5,0	+5,2	+5,5	+6,4	+6,4	+6,8	+5,8	-3,2	-3,0	-3,0	-2,9	
Malaysia	+4,7	+6,0	+4,8	+4,9	+2,1	+3,1	+2,7	+3,0	4,0	4,6	2,1	1,4	
Thailand	+2,9	+0,7	+3,7	+4,0	+2,2	+1,9	+0,3	+2,4	-0,6	3,8	4,4	2,	
Lateinamerika	+2,9	+1,3	+0,9	+2,0	+7,1				-2,8	-2,8	-3,2	-3,0	
darunter													
Argentinien	+2,9	+0,5	-0,3	+0,1	+10,6		+18,6	+23,2	-0,8	-0,9	-1,7	-1,8	
Brasilien	+2,7	+0,1	-1,0	+1,0	+6,2	+6,3	+7,8	+5,9	-3,4	-3,9	-3,7	-3,	
Chile	+4,3	+1,8	+2,7	+3,3	+1,9	+4,4	+3,0	+3,0	-3,7	-1,2	-1,2	-2,	
Mexiko	+1,4	+2,1	+3,0	+3,3	+3,8	+4,0	+3,2	+3,0	-2,4	-2,1	-2,2	-2,	
Sonstige													
Türkei	+4,1	+2,9	+3,1	+3,6	+7,5	+8,9	+6,6	+6,5	-7,9	-5,7	-4,2	-4,	
Südafrika	+2,2	+1,5	+2,0	+2,1	+5,8	+6,1	+4,5	+5,6	-5,8	-5,4	-4,6	-4,	

¹Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Juni 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 791	17 823	-0,18	15 373	18 312
Euro Stoxx 50	3 438	3146	9,28	2 875	3 829
Dax	10 985	9 806	12,02	8 572	12 375
CAC 40	4 815	4 273	12,69	3 919	5 2 6 9
Nikkei	20 388	17 451	16,83	13 910	20 570
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	15. Juni 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014/2015
USA	2,37	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,83	0,54	-1,54	0,08	1,96
Japan	0,51	0,33	-1,86	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	2,03	1,76	-0,34	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	15. Juni 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,12	1,21	-7,29	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	123,41	119,68	3,12	100,97	125,61
Yen/Euro	138,54	145,23	-4,61	126,52	149,03
Pfund/Euro	0,72	0,78	-7,26	0,70	0,84

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,5	+1,5	+2,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6	5,2	5,0	4,9	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,2	+1,5	+1,3	+1,5	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,5	+3,2	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0	7,4	6,2	5,4	4,9
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,4	+3,6	+3,3	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,4	+1,3	+1,3	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9	4,0	3,7	3,7	3,6
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	+0,1	+0,6	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,0	+1,8	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+0,9	+1,3	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,5	+0,6	+1,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5	12,2	12,8	12,8	12,6
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,4	+0,4	+0,8	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,6	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	7,6	6,3	5,6	5,4
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+2,3	+2,1	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,3	+1,9	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	12,0	11,6	11,2	10,6
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4	10,8	10,2	9,8	9,3
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Belgien													
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,5	+1,2	+0,5	+0,3	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,1	
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1	
IWF	+0,3	+1,0	+1,3	+1,5	+1,2	+0,5	+0,1	+0,9	8,4	8,5	8,4	8,2	
Estland													
EU-KOM	+1,6	+2,1	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,2	+1,9	8,6	7,4	6,2	5,8	
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6	
IWF	+1,6	+2,1	+2,5	+3,4	+3,2	+0,5	+0,4	+1,7	8,6	7,0	7,0	6,8	
Finnland													
EU-KOM	-1,3	-0,1	+0,3	+1,0	+2,2	+1,2	+0,2	+1,3	8,2	8,7	9,1	9,0	
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5	
IWF	-1,3	-0,1	+0,8	+1,4	+2,2	+1,2	+0,6	+1,6	8,1	8,6	8,7	8,5	
Griechenland			.,-	,	· ·	,	.,-		.,		•		
EU-KOM	-3,9	+0,8	+0,5	+2,9	-0,9	-1,4	-1,5	+0,8	27,5	26,5	25,4	23,2	
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1	
IWF	-3,9	+0,8	+2,5	+3,7	-1,0	-1,4	-0,3	+0,3	27,5	26,5	24,8	22,1	
Irland	3,3	10,0	12,3	13,1	1,0	1,-	0,5	10,3	21,5	20,3	24,0	22,1	
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,6	+3,5	+0,5	+0,3	+0,4	+1,5	13,1	11,3	9,6	9,2	
	+0,2		+3,3			+0,2	+0,5			11,5			
OECD IWF		+4,3		+3,2	+0,5			+1,2	13,0		10,5	9,9	
	+0,2	+4,8	+3,9	+3,3	+0,5	+0,3	+0,2	+1,5	13,0	11,3	9,8	8,8	
Lettland		12.4	12.2	12.2	100	107	107	12.2	11.0	10.0	10.4	0.4	
EU-KOM	+4,2	+2,4	+2,3	+3,2	+0,0	+0,7	+0,7	+2,2	11,9	10,8	10,4	9,4	
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8	
IWF	+4,2	+2,4	+2,3	+3,3	+0,0	+0,7	+0,5	+1,7	11,9	10,8	10,4	10,2	
Litauen													
EU-KOM	+3,3	+2,9	+2,8	+3,3	+1,2	+0,2	-0,4	+1,7	11,8	10,7	9,9	9,1	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+3,3	+2,9	+2,8	+3,2	+1,2	+0,2	-0,3	+2,0	11,8	10,7	10,6	10,5	
Luxemburg													
EU-KOM	+2,0	+3,1	+3,4	+3,5	+1,7	+0,7	+0,8	+2,1	5,9	5,9	5,7	5,4	
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2	
IWF	+2,0	+2,9	+2,5	+2,3	+1,7	+0,7	+0,5	+1,6	6,9	7,1	6,9	6,7	
Malta													
EU-KOM	+2,7	+3,5	+3,6	+3,2	+1,0	+0,8	+1,3	+1,9	6,4	5,9	5,9	5,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+2,7	+3,6	+3,2	+2,7	+1,0	+0,8	+1,1	+1,4	6,4	5,9	6,1	6,3	
Niederlande													
EU-KOM	-0,7	+0,9	+1,6	+1,7	+2,6	+0,3	+0,2	+1,3	7,3	7,4	7,1	6,9	
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2	
IWF	-0,7	+0,9	+1,6	+1,6	+2,6	+0,3	-0,1	+0,9	7,3	7,4	7,2	7,0	
Österreich													
EU-KOM	+0,2	+0,3	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+0,8	+1,9	5,4	5,6	5,8	5,7	
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1	
IWF	+0,2	+0,3	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,1	+1,5	4,9	5,0	5,1	5,0	

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Portugal													
EU-KOM	-1,6	+0,9	+1,6	+1,8	+0,4	-0,2	+0,2	+1,3	16,4	14,1	13,4	12,6	
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4	
IWF	-1,6	+0,9	+1,6	+1,5	+0,4	-0,2	+0,6	+1,3	16,2	13,9	13,1	12,6	
Slowakei													
EU-KOM	+1,4	+2,4	+3,0	+3,4	+1,5	-0,1	-0,2	+1,4	14,2	13,2	12,1	10,8	
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2	
IWF	+1,4	+2,4	+2,9	+3,3	+1,5	-0,1	+0,0	+1,4	14,3	13,2	12,4	11,7	
Slowenien													
EU-KOM	-1,0	+2,6	+2,3	+2,1	+1,9	+0,4	+0,1	+1,7	10,1	9,7	9,4	9,2	
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3	
IWF	-1,0	+2,6	+2,1	+1,9	+1,8	+0,2	-0,4	+0,7	10,1	9,8	9,0	8,3	
Spanien													
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,8	+2,6	+1,5	-0,2	-0,6	+1,1	26,1	24,5	22,4	20,5	
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9	
IWF	-1,2	+1,4	+2,5	+2,0	+1,5	-0,2	-0,7	+0,7	26,1	24,5	22,6	21,1	
Zypern													
EU-KOM	-5,4	-2,3	-0,5	+1,4	+0,4	-0,3	-0,8	+0,9	15,9	16,1	16,2	15,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,4	-2,3	+0,2	+1,4	+0,4	-0,3	-1,0	+0,9	15,9	16,2	15,9	14,9	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Bulgarien													
EU-KOM	+1,1	+1,7	+1,0	+1,3	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,4	10,4	9,8	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,1	+1,7	+1,2	+1,5	+0,4	-1,6	-1,0	+0,6	13,0	11,5	10,9	10,3	
Dänemark													
EU-KOM	-0,5	+1,1	+1,8	+2,1	+0,5	+0,3	+0,6	+1,7	7,0	6,6	6,2	5,9	
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1	
IWF	-0,5	+1,0	+1,6	+2,0	+0,8	+0,6	+0,8	+1,6	7,0	6,5	6,2	5,5	
Kroatien													
EU-KOM	-0,9	-0,4	+0,3	+1,2	+2,3	+0,2	+0,1	+1,3	17,3	17,3	17,0	16,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,9	-0,4	+0,5	+1,0	+2,2	-0,2	-0,9	+0,9	17,0	17,1	17,3	16,9	
Polen													
EU-KOM	+1,7	+3,4	+3,3	+3,4	+0,8	+0,1	-0,4	+1,1	10,3	9,0	8,4	7,9	
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2	
IWF	+1,7	+3,3	+3,5	+3,5	+0,9	-0,0	-0,8	+1,2	10,3	9,0	8,0	7,7	
Rumänien													
EU-KOM	+3,4	+2,8	+2,8	+3,3	+3,2	+1,4	+0,2	+0,9	7,1	6,8	6,6	6,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+3,4	+2,9	+2,7	+2,9	+4,0	+1,1	+1,0	+2,4	7,3	6,8	6,7	6,7	
Schweden													
EU-KOM	+1,3	+2,1	+2,5	+2,8	+0,4	+0,2	+0,7	+1,6	8,0	7,9	7,7	7,6	
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3	
IWF	+1,3	+2,1	+2,7	+2,8	-0,0	-0,2	+0,2	+1,1	8,0	7,9	7,7	7,6	
Tschechien													
EU-KOM	-0,7	+2,0	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,2	+1,4	7,0	6,1	5,6	5,5	
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0	
IWF	-0,7	+2,0	+2,5	+2,7	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	7,0	6,1	6,1	5,7	
Ungarn													
EU-KOM	+1,5	+3,6	+2,8	+2,2	+1,7	+0,0	+0,0	+2,5	10,2	7,7	6,8	6,0	
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6	
IWF	+1,5	+3,6	+2,7	+2,3	+1,7	-0,3	+0,0	+2,3	10,2	7,8	7,6	7,4	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Deutschland													
EU-KOM	0,1	0,7	0,6	0,5	77,1	74,7	71,5	68,2	6,9	7,6	7,9	7,7	
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7	
IWF	0,1	0,6	0,3	0,4	76,9	73,1	69,5	66,6	6,7	7,5	8,4	7,9	
USA													
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8	104,7	104,8	104,9	104,7	-2,5	-2,6	-2,2	-2,4	
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7	
IWF	-5,8	-5,3	-4,2	-3,9	103,4	104,8	105,1	104,9	-2,4	-2,4	-2,3	-2,4	
Japan													
EU-KOM	-8,5	-7,8	-7,1	-6,5	243,2	247,0	250,8	251,9	0,7	0,6	1,4	1,7	
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4	
IWF	-8,5	-7,7	-6,2	-5,0	242,6	246,4	246,1	247,0	0,7	0,5	1,9	2,0	
Frankreich													
EU-KOM	-4,1	-4,0	-3,8	-3,5	92,3	95,0	96,4	97,0	-2,0	-1,7	-0,9	-1,2	
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1	
IWF	-4,1	-4,2	-3,9	-3,5	92,4	95,1	97,0	98,1	-1,4	-1,1	-0,1	-0,3	
Italien													
EU-KOM	-2,9	-3,0	-2,6	-2,0	128,5	132,1	133,1	130,6	0,9	2,0	2,2	2,2	
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1	
IWF	-2,9	-3,0	-2,6	-1,7	128,6	132,1	133,8	132,9	1,0	1,8	2,6	2,5	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-5,7	-5,7	-4,5	-3,1	87,3	89,4	89,9	90,1	-4,5	-5,5	-4,9	-4,1	
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4	
IWF	-5,7	-5,7	-4,8	-3,1	87,3	89,5	91,1	91,7	-4,5	-5,5	-4,8	-4,6	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3	
IWF	-2,8	-1,8	-1,7	-1,3	87,7	86,5	87,0	85,0	-3,0	-2,2	-2,6	-2,3	
Euroraum													
EU-KOM	-2,9	-2,4	-2,0	-1,7	93,2	94,2	94,0	92,5	2,5	3,0	3,5	3,4	
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2	
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9	
EU-28													
EU-KOM	-3,2	-2,9	-2,5	-2,0	87,3	88,6	88,0	86,9	1,5	1,6	1,9	1,9	
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4	

Quellen

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2015, Statistical Annex.

 $OECD: Wirtschaftsausblick, November\,2014\,.$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Öİ	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,0	106,5	106,5	106,4	-1,5	0,4	2,1	2,2
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0
IWF	-2,9	-3,2	-2,9	-2,1	104,6	105,6	106,6	106,2	-0,2	1,6	2,3	2,4
Estland												
EU-KOM	-0,2	0,6	-0,2	-0,1	10,1	10,6	10,3	9,8	-0,4	0,1	-0,3	-0,5
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2
IWF	-0,5	0,4	-0,5	-0,1	10,1	9,7	10,1	10,0	-1,1	-0,1	-0,4	-0,7
Finnland	0,0		0,0	0,1		5,.		. 0,0	.,.	0,1	0, .	0,1
EU-KOM	-2,5	-3,2	-3,3	-3,2	55,8	59,3	62,6	64,8	-1,9	-1,8	-0,7	-0,4
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8
IWF	-2,3	-2,7	-2,4	-1,8	55,7	59,6	61,7	62,8	-0,9	-0,6	-0,3	-0,3
Griechenland	45.5											
EU-KOM	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2	175,0	177,1	180,2	173,5	-2,3	-2,2	-1,6	-1,3
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8
IWF	-2,8	-2,7	-0,8	0,7	174,9	177,2	172,7	162,4	0,6	0,9	1,4	1,1
Irland												
EU-KOM	-5,8	-4,1	-2,8	-2,9	123,2	109,7	107,1	103,8	4,4	6,2	5,7	5,3
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4
IWF	-5,7	-3,9	-2,4	-1,5	123,3	109,5	107,7	104,9	4,4	6,2	4,9	4,8
Lettland												
EU-KOM	-0,7	-1,4	-1,4	-1,6	38,2	40,0	37,3	40,4	-2,0	-2,9	-2,3	-3,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,2	-1,7	-1,4	-1,0	35,2	37,8	37,7	37,0	-2,3	-3,1	-2,2	-3,0
Litauen												
EU-KOM	-2,6	-0,7	-1,5	-0,9	38,8	40,9	41,7	37,3	1,5	0,6	-0,2	-1,0
OECD		-	-	-		-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,6	-0,7	-1,4	-1,6	39,0	37,7	38,1	38,1	1,6	-0,4	0,2	-0,8
Luxemburg												
EU-KOM	0,9	0,6	0,0	0,3	24,0	23,6	24,9	25,3	4,9	5,3	4,6	4,6
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0
IWF	0,6	0,5	-0,5	0,2	23,6	24,6	26,3	27,2	4,9	5,2	4,7	4,6
Malta	0,0		0,3	0,2	23,0	2 1,0	20,3	21,2	1,3	3,2	.,,	1,0
EU-KOM	-2,6	-2,1	-1,8	-1,5	69,2	68,0	67,2	65,4	3,0	2,9	0,6	0,4
OECD								65,4				0,4
	-	-	-	-	-	-	-	-	-		-	2.1
IWF	-2,7	-2,2	-1,8	-1,6	69,2	68,1	67,5	65,7	3,2	2,7	3,1	3,1
Niederlande												
EU-KOM	-2,3	-2,3	-1,7	-1,2	68,6	68,8	69,9	68,9	8,5	9,9	9,0	9,4
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3
IWF	-2,3	-2,3	-1,4	-0,5	68,6	68,3	67,5	65,6	10,2	10,3	10,4	10,1
Österreich												
EU-KOM	-1,3	-2,4	-2,0	-2,0	80,9	84,5	87,0	85,8	2,3	2,3	2,4	2,4
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,3	-1,7	-1,7	81,2	86,8	88,8	87,4	1,0	1,8	1,9	1,8

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	te	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Portugal													
EU-KOM	-4,8	-4,5	-3,1	-2,8	129,7	130,2	124,4	123,0	0,9	0,5	1,2	1,4	
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9	
IWF	-4,8	-4,5	-3,2	-2,8	129,7	130,2	126,3	124,3	1,4	0,6	1,4	1,0	
Slowakei													
EU-KOM	-2,6	-2,9	-2,7	-2,5	54,6	53,6	53,4	53,5	0,8	1,9	1,8	0,7	
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5	
IWF	-2,6	-3,0	-2,6	-2,3	54,6	54,0	53,9	54,0	1,5	0,2	0,4	0,4	
Slowenien													
EU-KOM	-14,9	-4,9	-2,9	-2,8	70,3	80,9	81,5	81,7	4,8	5,3	5,4	5,6	
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5	
IWF	-13,8	-5,8	-4,0	-3,4	70,0	82,9	79,8	82,1	5,6	5,8	7,1	6,5	
Spanien													
EU-KOM	-6,8	-5,8	-4,5	-3,5	92,1	97,7	100,4	101,4	1,5	0,6	1,2	1,0	
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9	
IWF	-6,8	-5,8	-4,3	-2,9	92,1	97,7	99,4	100,1	1,4	0,1	0,3	0,4	
Zypern													
EU-KOM	-4,9	-8,8	-1,1	-0,1	102,2	107,5	106,7	108,4	-2,0	-4,0	-3,9	-4,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,3	-0,1	-1,1	0,2	102,2	107,1	105,7	111,0	-1,7	-1,9	-1,9	-1,4	

Ouellen:

 $EU\text{-}KOM: Fr\"{u}hjahr sprognose, Mai\,2015, Statistical\,Annex.$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014. IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Bulgarien													
EU-KOM	-0,9	-2,8	-2,9	-2,9	18,3	27,6	29,8	31,2	1,6	0,9	1,3	1,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-1,8	-3,7	-3,0	-2,5	17,6	26,9	28,9	30,7	2,3	0,0	0,2	-0,8	
Dänemark													
EU-KOM	-1,1	1,2	-1,5	-2,6	45,0	45,2	39,5	39,2	7,2	6,2	6,1	6,2	
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0	
IWF	-1,1	1,8	-2,3	-2,1	45,1	42,6	43,9	44,3	7,2	6,3	6,1	5,5	
Kroatien													
EU-KOM	-5,4	-5,7	-5,6	-5,7	80,6	85,0	90,5	93,9	0,1	0,6	2,0	3,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,2	-5,0	-4,8	-3,8	75,7	80,9	85,1	87,2	0,8	0,7	2,2	2,0	
Polen													
EU-KOM	-4,0	-3,2	-2,8	-2,6	55,7	50,1	50,9	50,8	-1,3	-1,4	-1,8	-2,2	
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5	
IWF	-4,0	-3,5	-2,9	-2,3	55,7	48,8	49,4	49,2	-1,3	-1,2	-1,8	-2,4	
Rumänien													
EU-KOM	-2,2	-1,5	-1,6	-3,5	38,0	39,8	40,1	42,4	-1,2	-0,5	-0,8	-1,0	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,5	-1,9	-1,8	-1,7	38,8	40,4	40,5	40,0	-0,8	-0,5	-1,1	-1,5	
Schweden													
EU-KOM	-1,4	-1,9	-1,5	-1,0	38,7	43,9	44,2	43,4	6,9	5,8	5,8	5,6	
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1	
IWF	-1,4	-2,1	-1,3	-0,6	38,6	41,5	41,1	39,6	7,3	6,3	6,3	6,3	
Tschechien													
EU-KOM	-1,2	-2,0	-2,0	-1,5	45,0	42,6	41,5	41,6	-2,2	-0,9	0,4	0,7	
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2	
IWF	-1,4	-1,0	-1,4	-1,2	43,8	41,6	42,0	42,0	-0,5	0,6	1,6	0,9	
Ungarn													
EU-KOM	-2,5	-2,6	-2,5	-2,2	77,3	76,9	75,0	73,5	4,2	4,4	5,5	6,2	
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7	
IWF	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	76,9	75,5	74,7	4,1	4,2	4,8	4,1	

Quellen

 $\hbox{EU-KOM: Fr\"uhjahrsprognose, Mai\,2015, statistical annex}.$

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014 . IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2015.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Stand

Juni 2015

Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.